

Europa – Jugend – Zukunft

Was die EU für junge Menschen plant



Journalisten

juleica jugendleiter | in card

Neues Juleica-Antragssystem online. Das alte System juleica-antrag.de war in die Jahre gekommen. Schon der Look mit Eingabespalten wie in einem Tabellenkalkulationsprogramm verriet Altbackenes, die Technik dahinter war wartungsintensiv und die Benutzerführung sowohl für Antragsstellende wie auch für Admins in den Jugendverbänden wenig intuitiv. Immerhin: Das alte System hatte ordentlich funktioniert. Für das Jahr 2021 wies die Datenbank 148.668 gültige Juleicas bundesweit aus. Im letzten Vor-Coronajahr 2019 hatten 32.683 junge Menschen über das System ihre Juleica beantragt. Diese Zahlen lassen den Aufwand erahnen, den die technische Renovierung des hinter der Eingabemaske wirkenden Datenbanksystems bedeutete.

Die Weiterentwicklung der Juleica, die federführend der Deutsche Bundesjugendring in Zusammenarbeit mit Jugendverbänden und den Landeszentralstellen für die Juleica vor drei Jahren angestoßen hat, ist nun auf die Zielgerade abgebogen. In den meisten Bundesländern ist das neue Antragssystem unter der bekannten URL juleica-antrag.de Anfang Dezember 2021 online geschaltet worden, die übrigen Bundesländer folgen am 4. Januar 2022. Es ist ein Meilenstein geworden. Die neue Website erscheint luftig und modern, funktioniert sowohl am PC als auch am Smartphone oder Tablet und ist intuitiv in der Benutzerführung. Das gilt für Beantragende als auch für die Admins in den Jugendverbänden, welche die Anträge freizuschalten haben, gleichermaßen. Und die Juleica-Zentralstellen freuen sich über erleichterte Abläufe bei der Administration der Anträge bis hin zum Druckauftrag der Ausweiskarte. Diese hat ebenso eine leichte optische Auffrischung erfahren. Eine neue, lizenzfreie Schrift hat Einzug gehalten, das Grundlayout mit dem leuchtenden Gelb ist geblieben. Die neue Karte gibt es nun nicht allein physisch, sie kann auch digital im Smartphone wie Flugtickets oder Kreditkarten hinterlegt werden.

Was nun noch fehlt im Weiterentwicklungsprozess der Juleica, ist die Reform der Qualitätskriterien der Juleica, die maßgeblich sind für die Inhalte der Jugendleiter/innen-Ausbildung. Geplant war, dass die Konferenz der Jugendministerien der Bundesländer unter der Federführung des Ministeriums in Baden-Württemberg im Laufe des Jahres 2022 einen Beschluss erarbeitet. Wie zu hören ist, hat der Vorgang pandemiebedingt sich verzögert. (jg)

Kommentar

- 3 **Europa braucht Jugend – Brauchen junge Menschen Europa?**
Maja Reifegerst, LJR-Vorsitzende

Titelthema

Europa – Jugend – Zukunft

Was die EU für junge Menschen plant

- 4 **Die Konferenz zur Zukunft Europas: eine verpasste Chance für die Jugend?**
Von Julian Plottka, Universität Passau und Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

- 8 **Das Europäische Jahr der Jugend – mehr als ein großer Titel?**
Von Lars Becker, Europa-Union Hamburg

Vielfalt! Jugendarbeit

- 11 **Demokratie, Kompromisse und Klimakino**
Serie Wirkungsstätten: Die BUNDjugend Hamburg macht Kino
Von Charlotte Mindorf, Landesjugendring Hamburg
- 13 **U18 wählt – ein Auslaufmodell?**
Von Oliver Trier, Bund der Katholischen Jugend Hamburg

Nachrichten

- 16 **Aufbruch, Diversität, Kontinuität**
Vollversammlung des Landesjugendrings Hamburg wählt neuen Vorstand und stimmt der Aufnahme neuer Mitglieder zu
- 16 **Gegen alltägliche Gleichgültigkeit – respekt* auch zu Pandemiezeiten**
Vom respekt*-Vorbereitungskreis 2021

Spielecke

- 17 **Spiele in der Internationalen Jugendarbeit**
Ein Interview mit Remo Küchler von der european play work association in Hamburg
- 19 **Spiel doch mal...?**

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendrings Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers (jg)

Layout und Gestaltung: Rebekka Posselt

Fotos: (soweit nicht namentlich angegeben) Jürgen Garbers (LJR).

V.i.S.d.P.: Fatih Ayanoğlu c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: (040) 31 79 61 14; Fax: (040) 31 79 61 80;

info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de.

Auflage: 2.200 Exemplare

punktum wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration.

Druck: eurodruck, Schnackenburgallee 158, 22525 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Gender: Es gibt im Heft keine Vereinheitlichung bei der gendergerechten Schreibweise; es wird jeweils der Maßgabe der eingereichten Texte Folge geleistet.

Europa braucht Jugend – Brauchen junge Menschen Europa?

Anfang Dezember erklärte die EU das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend. Die Themensetzung soll junge Menschen in den Fokus europäischer Maßnahmen rücken, da sie unter der Corona-Pandemie und deren Auswirkungen am meisten gelitten haben. Ihre Stimmen sollen bei politischen Entscheidungen gehört werden, und sie sollen in den für sie wichtigen Themen Unterstützung von der EU erfahren.

Junge Menschen in den Fokus der Politik zu rücken, ist längst überfällig. Doch scheint es erst eine Pandemie zu brauchen, um die Versäumnisse in der europäischen Kinder- und Jugendpolitik deutlich zu machen. Die Corona-Pandemie hat Probleme, die viele junge Menschen betreffen, verstärkt finanzielle Sorgen, Zukunftsängste, psychische Belastungen und Einsamkeit sind vor allem bei Kindern und Jugendlichen in prekären Lebenslagen gestiegen. Ein seit langem bekanntes und großes Problem ist die Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Derzeit sind ungefähr 2,4 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren arbeitslos. Dagegen keine wirksamen Maßnahmen ergriffen zu haben und jungen Menschen somit eine Perspektive zu bieten, ist ein politischer Skandal. Die Jugendarbeitslosenquoten sind indes innerhalb der EU-Mitgliedstaaten sehr ungleich verteilt. Während in Deutschland 6,5 % der jungen Menschen arbeitslos sind, ist es in Griechenland und Spanien in etwa jede:r Dritte, in Italien, Schweden und Portugal in etwa jede:r Vierte. Um dem entgegenzuwirken, bedarf es eines ambitionierteren Beschäftigungsprogrammes, das finanzstark ist, sich an Qualitätsstandards orientiert und die lokale Ebene und Interessensvertretungen, wie Jugendverbände und Gewerkschaften, mit einbezieht.

Immer mehr Studien zeigen, dass sich junge Menschen von der Politik nicht gehört und gesehen fühlen sowie an politischen Entscheidungen nicht ausreichend beteiligt sehen. Laut der Jugendstudie »Junges Europa 2021« der TUI Stiftung sind 64 % der befragten 16- bis 26-Jährigen zudem der Ansicht, dass die Zukunft junger Menschen durch das Wahlverhalten der Älteren gefährdet sei.

Die neue Bundesregierung will dem Bedarf junger Menschen nach politischer Beteiligung nachkommen, indem sie das Wahlalter für Bundestagswahlen auf 16 Jahre herabsetzen will. Dieses Vorhaben – von Landesjugendringen und dem Deutschen Bundesjugendring seit vielen Jahren gefordert – hätte schon längst umgesetzt werden müssen und ist auch auf EU-Ebene dringend erforderlich. Allein Malta und Österreich lassen bei Wahlen des EU-Parlamentes auch 16-Jährige mit abstimmen. Es geht also.

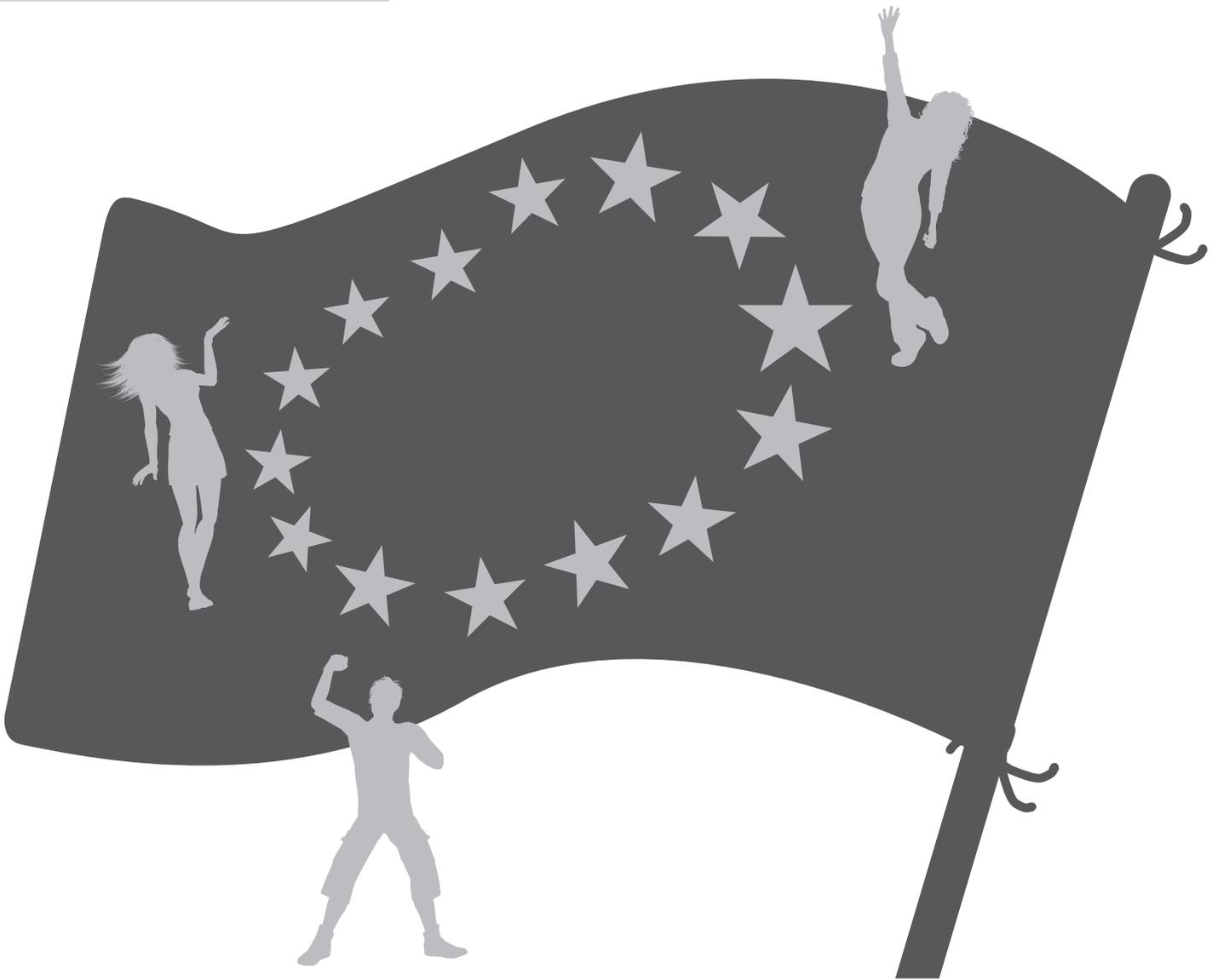
Das Europäische Jahr der Jugend soll nun dazu beitragen, die Belange junger Menschen in allen Bereichen der EU-Politik stärker zu berücksichtigen. Außerdem will die EU junge Menschen an der Umsetzung des Europäischen

Jahres der Jugend beteiligen – das ist begrüßenswert, denn sie sind die Expert:innen in eigener Sache. Eine bereits bestehende Möglichkeit für junge Menschen, ihre Ideen und Forderungen an die EU einzubringen, stellt die bereits seit März 2021 laufende Konferenz zur Zukunft Europas dar. Sie erstreckt sich über mehrere Monate und ermöglicht es EU-Bürger:innen, sich in den verschiedenen Phasen der Konferenz auf unterschiedliche Weise zu beteiligen. Um eine wirksame Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Konferenz zu gewährleisten, braucht es niedrigschwellige und leicht zugängliche Möglichkeiten der Mitwirkung für eine große und diverse Gruppe an jungen Menschen unter Berücksichtigung ihrer individuellen Bedürfnisse. Außerdem müssen der Ablauf und das Ziel der Konferenz transparent sein, und es muss ersichtlich sein, was mit den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses geschieht. Unter anderem dafür setzt sich der Deutsche Bundesjugendring ein, der mit zahlreichen Informations- und Begleitveranstaltungen den Interessen der jungen Menschen auf Bundesebene bei der Konferenz zur Zukunft Europas eine Stimme verleihen will.

Denn wenn es etwas gibt, das für die Zukunft Europas wichtig ist, dann sind es junge Menschen, die eine Perspektive für ihr Leben in Europa sehen, die sich mit Europa identifizieren, gemeinsame Werte und demokratische Prinzipien teilen, die ihre Ideen in die EU-Politik einbringen und diese mitgestalten wollen. Das Gute ist, dass diese Jugend bereits da ist. Junge Menschen sind an Politik und deren Mitgestaltung interessiert und das nicht erst seit der Corona-Pandemie. Wir sind also gespannt, was uns das Jahr der Europäischen Jugend bringen wird und werden genau hinschauen, ob die EU und die Bundesregierung ihre Versprechen von der politischen Beteiligung junger Menschen einhalten werden. In diesem Sinne brauchen junge Menschen, Europa und die EU einander.



Von Maja Reifegerst,
LJR-Vorsitzende



Die Konferenz zur Zukunft Europas: eine verpasste Chance für die Jugend?

Von Julian Plottka, Universität Passau und Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Ein drohender Krieg zwischen der Ukraine und Russland; die Begrenzung des Klimawandels; ein humaner Umgang mit Flüchtlingen im Mittelmeer, an der Grenze zu Belarus und in der Europäischen Union (EU); die Sicherung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der Union; die Finanzierung des europäischen Ausgabenprogramms »Next Generation EU« zur Linderung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie; die Verbesserung der Beziehungen zum jüngst ausgetretenen Großbritannien; der wachsende Einfluss Russlands und Chinas auf die Westbalkan-Staaten; die angespannten Beziehungen der EU zum (Immer-noch-)Kandidatenstaat Türkei; die Durchsetzung von Recht im virtuellen Raum.

Das sind nur einige der wichtigsten Aufgaben, denen sich die EU aktuell annehmen muss, weil selbst die großen EU-Mitgliedstaaten zu klein sind, um diese selbst effektiv zu meistern. Wer glaubt, dass es im Alleingang besser geht, konnte in den letzten Monaten Lieferengpässe (Morris 2021), fehlendes Pflegepersonal (Jayanetti 2021), überschüssiges Schlachtvieh (Woodcock 2021), einen Mangel an medizinischen Gütern (Campbell/Davies 2021) und erhöhte Grenzwerte für die Einleitung geklärter Abwässer in Flüsse (O'Carroll 2021) im Vereinigten Königreich beobachten. Probleme, die es zum Teil auch in der EU gibt, aber eben nicht ganz so drastisch, wie im Vereinigten Königreich. Hinzu kommen Herausforderungen, ausgelöst durch gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Transformationsprozesse, die uns alle in den nächsten Jahrzehnten noch beschäftigen werden.

Ist die EU noch den aktuellen Herausforderungen gewachsen?

Angesichts der Vielzahl von aktuellen Herausforderungen, die sich inzwischen zu einer multiplen Krise in der EU entwickelt haben, ist inzwischen jedoch zu fragen, ob die EU über die notwendigen Kapazitäten verfügt, alle diese »Krisen«¹ und Herausforderungen auf einmal zu meistern. Dies gilt einerseits angesichts der Tatsache, dass die oft als überbordend gescholtene Bürokratie der Europäischen Kommission über nur 33.000 Beschäftigte verfügt (Hofmann 2020), um 450 Mio. Einwohner:innen zu »verwalten«. Die Freie und

¹ Als Krisen der EU werden hier solche Herausforderungen verstanden, bei denen die Gefahr besteht, dass die EU an dieser Herausforderung zerbrechen könnte.

Hansestadt Hamburg hat im Vergleich dazu bspw. fast 75.000 Beschäftigte (Hamburg.de 2021). Deshalb muss sich die EU in fast allen Bereich bei der Umsetzung europäischer Politik auf die Mitgliedstaaten oder in Deutschland die auf Bundesländer verlassen. Deshalb hat sie oft nur begrenzten Einfluss, wie europäisches Recht umgesetzt wird – was bei der Einhaltung EU-weit geltender Mindestrechte von Flüchtlingen oder der Vergütung von EU-Geldern in einigen Mitgliedstaaten zu drastischen Problemen führt.

Andererseits haben die nationalen Regierungen seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon, der letzten großen Vertragsreform 2009, deutlich an Einfluss in der EU gewonnen. Dies ist dem Modus des Krisenmanagements, in dem in der Regel Regierungen mehr Einfluss als Parlamente haben, genauso geschuldet wie den institutionellen Reformen von 2009, die die Macht des Europäischen Rates in der EU gestärkt haben. Unter dem Begriff der »Unionsmethode« hat Angela Merkel (2010) den wachsenden Einfluss der nationalen Regierungen in der Europapolitik gegenüber Europäischem Parlament und Europäischer Kommission (Müller Gómez/Reiners 2019) aber auch zum Prinzip ihrer Europapolitik erhoben. In der Folge werden viele Entscheidungen hinter verschlossener Tür (The Economist 2020) oder wie in der europäischen Asylpolitik seit Jahren gar nicht getroffen (Klein/Plottka/Tittel 2018: 148-151). Dabei gehört gerade die deutsche Regierung so häufig zu den Bremsern im Rat, dass der »German vote« schon sprichwörtlich geworden ist. Dieses wird eingelegt, wenn die Bundesregierung sich intern nicht einigen konnte und deshalb im Rat der EU keine Position beziehen kann, in der Folge muss die Entscheidung vertagt werden.²

Das eigentliche Problem sind aber zunehmende Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten, wie sie sich bei der Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn Ende 2020 gezeigt haben. Die beiden Regierungen waren bereit, den mehrjährigen Finanzrahmen³ und damit auch die EU-Corona-Hilfen zu blockieren, wenn die geplanten zusätzlichen Mechanismen zur Durchsetzung der Rechtsstaatlichkeit nicht

aufgeweicht werden.⁴ Sollten diese Grundsatzkonflikte innerhalb der EU in Zukunft häufiger Entscheidungen in Sachfragen blockieren, droht sich die Entscheidungsfindung im Rat der EU weiter zu verlangsamen.

Die fehlende Entscheidungseffizienz intergouvernementaler Verfahren, in denen die nationalen Regierungen mehr Einfluss haben als das Europäische Parlament, zeigt sich besonders in der chronisch handlungsunfähigen EU-Außenpolitik, aber auch bei der Bewältigung der jüngsten Krisen. Denn anders als von vielen eingangs erhofft (als Debattenüberblick: Kaelble 2012), ist die EU nicht gestärkt aus diesen Krisen hervorgegangen (Kaelble 2021). Gerade in der Krise in der Eurozone wurden nicht die ursprünglichen Konstruktionsfehler der Wirtschafts- und Währungsunion – besonders das Fehlen einer europäischen Wirtschaftspolitik – angegangen, sondern es wurde der Status quo erhalten.⁵ Ulrike Guérot (2021) hat dies im Rückblick auf die Europapolitik Merkels mit »Mehr Verwaltung als Gestaltung« auf den Punkt gebracht.

Die Konferenz: (k)ein ernstgemeinter Anlauf zur Gestaltung der Zukunft Europas?

Gerade für die jungen Generationen ist es aber entscheidend, nicht mehr nur den Status quo der EU zu erhalten, sondern diese fit für die kommenden Herausforderungen zu machen. Der letzte Anlauf, die dazu notwendige Debatte über die Zukunft der EU zu initiieren, der sogenannte Weißbuchprozess der Europäischen Kommission, scheiterte vor den Wahlen zum Europäischen Parlament 2019. Der damalige Präsident der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker hatte 2017 ein sogenanntes Weißbuch mit fünf möglichen Szenarien zur Zukunft der EU vorgelegt (Europäische Kommission 2017). Sein Ziel war es, eine Zukunftsdebatte in der Breite der Gesellschaft zu initiieren und die Europawahl 2009 zu einer Abstimmung über die unterschiedlichen Vorschläge zu machen (Klein/Plottka/Tittel 2018: 144-147). Aus Angst, die Europakeptiker:innen könnten bei der Wahl eine Mehrheit im Europäischen Parlament erringen (De Silver 2019), verwandelte sich die Wahl von einer Abstimmung über alternative Visionen zur Zukunft der EU in eine Kampagne zur Rettung des Erreichten. Emblematisch warb selbst die Lufthansa (2019) mit einer Sonderlackierung auf einem Airbus A320 mit dem Slogan »SayYesToEurope«.

² Dies passierte in den letzten Jahren so häufig, dass die gerade ins Amt gekommene Ampelkoalition es sich explizit zum Ziel gesetzt hat, diese »German votes« zu vermeiden. Um dieses Ziel zu erreichen, muss sie sich intern schneller und besser koordinieren als frühere Regierungen.

³ Im mehrjährigen Finanzrahmen legt die EU jeweils für fünf bis sieben Jahre ihre Ausgabenprioritäten fest, parallel dazu wird im sog. Eigenmittelbeschluss festgelegt, wieviel Geld sie dafür zur Verfügung hat. Über die Ausgestaltung entscheiden weitestgehend die Staats- und Regierungschefs, sie müssen die Position des Europäischen Parlaments nur insoweit berücksichtigen, dass sie nicht Gefahr laufen, dass das Europäische Parlament ein Veto einlegt, weil es seine Position nicht berücksichtigt sieht.

⁴ Der Kompromiss war, die Anwendung des Rechtsstaatsmechanismus' zu verzögern, bis alle Klagen der beiden Länder gegen diesen beendet sind, was Jahre dauern wird. Da diesen Klagen jedoch eine ernsthafte Rechtsgrundlage fehlt und sie nur eine Verzögerungstaktik darstellen, hat das Europäische Parlament inzwischen die Kommission aufgrund der Nicht-Anwendung auf Untätigkeit verklagt.

⁵ Einen Paradigmenwechsel gab es mit »Next Generation EU« dann erst im Angesicht der Pandemie.

Über den Autor



Julian Plottka ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Jean-Monet-Lehrstuhl für europäische Politik an der Universität Passau und an der Professur für europäische Politik der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. In seiner Forschung arbeitet er zur demokratischen Legitimation der EU, institutionellen Reformen der EU, der europäischen Zivilgesellschaft und den Beziehungen der EU zu Zentralasien. Er hat Politikwissenschaft an der Universität Potsdam, der Universität i Bergen und der Freien Universität Berlin studiert.

Angesichts des Scheiterns des Weißbuchprozesses von 2017 schlug der französische Präsident Emmanuel Macron (2019) im Vorfeld der Europawahl 2019 eine Konferenz vor, um mit den EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und Unionsbürger:innen über die Zukunft der EU zu debattieren. Da diese Idee auf große Zustimmung unter den Mitgliedern des neugewählten Europäischen Parlaments stieß, griff sie die designierte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (2019) auf und versprach den Abgeordneten im Falle ihrer Wahl eine solche Konferenz zu organisieren.

Allerdings scheint die Konferenz für von der Leyen eher ein »Wahlkampfgeschenk« (Plottka 2020: 233-234) an die Abgeordneten als ein echtes politisches Anliegen gewesen zu sein. Zwar legte die Kommission bereits am 22. Januar 2020 ihre Vorstellung zur Ausgestaltung der Konferenz vor, schränkte deren Agenda jedoch sogleich auf die politischen Prioritäten der Kommission und die Strategische Agenda des Europäischen Rates ein. Institutionelle Fragen sollten auf die Reform des Spitzenkandidatenverfahrens und die Einführung transnationaler Listen zur nächsten Europawahl beschränkt werden (Europäische Kommission 2020). Die Beteiligung der Unionsbürger:innen an der Konferenz begrüßte die Kommission zwar grundsätzlich, blieb aber hinsichtlich deren Ausgestaltung relativ vage und verwies lediglich auf ihre Erfahrung mit der Organisation von über 1.850 Bürgerdialogen in den Jahren 2015 bis 2019.

Das Europäische Parlament (2020: Ziff. 31) war in seinen Forderungen deutlich weitgehender, und insbesondere im Ausschuss für konstitutionelle

Frage wurde intensiv diskutiert, wie die Konferenz zu einem neuen Konvent zur Zukunft Europas werden könnte, der wie der Verfassungskonvent 2022/2003⁶ einen konkreten Vorschlag zur Änderung der EU-Verträge erarbeitet.⁷ Eine Forderung, die sich nun auch im Koalitionsvertrag der gerade ins Amt gekommenen deutschen Bundesregierung findet (SPD/Grüne/FDP 2021: 131). Das Mandat des »Konvents 2.0« (Plottka 2020: 235–236) sollte nach Vorstellung des Europäischen Parlaments weitestgehend offen sein und damit sowohl konkrete Politiken als auch institutionelle Fragen umfassen. Auch hinsichtlich der Bürgerbeteiligung waren die Forderungen des Parlaments die weitreichendsten. So sollte der Konferenz eine »Phase des Zuhörens« vorangehen. Parallel zur Konferenz sollten mehrmals tagende thematische Bürger- und Jugendforen stattfinden, deren Vertreter:innen auch zu den Plenartagungen der Konferenz eingeladen werden sollten.

Der Rat der EU war das letzte der EU-Organe, das sich im Juni 2020 intern auf eine eigene Position zur Konferenz einigte (Rat der EU: 2020). Thematisch sollte sich diese seiner Ansicht nach auf die Themen konzentrieren, die bereits auf der politischen Agenda der EU stehen. Die Unterstützung der Idee zur Bürgerbeteiligung scheint dabei eher vom Motiv geleitet zu sein, eine zusätzliche Quelle der Legitimation für die eigene Politik zu erschließen als das Ziel zu verfolgen, neue Formen der partizipativen Demokratie in der Praxis zu erproben. Konkrete Konzepte, wie diese aussehen könnte legte, der Rat nicht vor (Plottka 2020: 236–239). Insgesamt maßen die Regierungen trotz andersteiliger Beteuerungen der Zukunftskonferenz nur geringe Priorität bei, anders ist die – mit der Pandemie begründete – Verzögerung der Konferenz um ein Jahr kaum zu erklären.

Die unterschiedlichen Positionen der drei EU-Organe, die gemeinsam die Konferenz führen, waren so kontrovers, dass die Einigung der Verhandler:innen noch bis März 2021 dauerte. Allerdings konnte der in der gemeinsamen Erklärung der drei Organe (Europäisches Parlament/Europäische Kommission/Rat der EU 2021) festgehaltene Kompromiss über die Ausgestaltung der Konferenz die Konfliktlinien nicht dauerhaft überbrücken, sondern belastet weiterhin die Leitung der

Konferenz durch Vorsitz und Exekutivausschuss. Da der Exekutivausschuss auch die Schlussfolgerungen der Konferenz ausarbeiten soll, in denen die Empfehlungen zur Zukunft der EU festgehalten werden, besteht die Gefahr, dass das Ergebnis der Konferenz nur der kleinste gemeinsame Nenner und keine Vision zur Reform der EU sein wird.

Scheitert die Konferenz an einer überkomplexen Struktur?

Angesichts der langen Zeit, die die drei EU-Organe von Dezember 2019 bis März 2021 brauchten, um sich auf die gemeinsame Erklärung zu einigen, konnten Beobachter:innen leicht den Eindruck gewinnen, dass die Strukturen wichtiger als Inhalte waren. Neben dem gemeinsamen Vorsitz aus drei Konferenzenpräsident:innen aus Kommission, Parlament und Rat der EU sowie dem Exekutivausschuss besteht die Konferenz aus den folgenden Organen:

- einer Plenarversammlung,
- einem Sekretariat,
- einer Online-Plattform,
- vier europäischen Bürgerforen,
- nationalen Bürgerforen,
- dezentralen Foren und Veranstaltungen.

Der Exekutivausschuss⁸ – unterstützt durch das Sekretariat – leitet die Konferenz, bereitet die Plenarsitzungen vor und arbeitet die Schlussfolgerungen der Plenarversammlungen sowie den Abschlussbericht aus. Damit ist er nicht nur in prozeduralen Fragen entscheidend, sondern hat auch maßgeblichen Einfluss auf das Ergebnis der Konferenz. Die Plenarversammlung hat 450 Sitze und wird nach zwei Sitzungen im Juni und Oktober 2021 ab Januar voraussichtlich jeden Monat tagen. Ihr gehören nationale und EU-Abgeordnete (je 108), Regierungsvertreter:innen (54), Mitglieder der Bürgerversammlungen,⁹ des Jugendforums (1), Vertreter:innen des Ausschusses der Regionen und des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (je 18), der lokalen und regionalen Ebene (12), der Sozialpartner (12), der Zivilgesellschaft (8), und drei EU-Kommissar:innen an. Das Plenum erörtert die Beiträge der Bürger:innen aus den Foren und der Online-Plattform, arbeitet in neun thematischen Arbeitsgruppen, darunter eine zu »Bildung, Kultur, Jugend und Sport«, eigene Ideen aus und legt dem Exekutivausschuss einvernehmlich Vorschläge für den Abschlussbericht vor.

Die vier auf EU-Ebene organisierten Bürgerforen mit jeweils 200 zufällig ausgewählten Mitgliedern sind je einem der folgenden Themenschwerpunkte gewidmet: (1) Wirtschaft, Soziales, Arbeit, Jugend, Sport, Kultur, Bildung und Digitalisierung; (2) Demokratie, Werte, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit; (3) Klimawandel, Umweltschutz und Gesundheit; (4) Europa in der Welt und Migration. Die Bürger:innen sollen nach konstituierenden Sitzungen, die im September und Oktober 2021 in Straßburg stattfanden, bei zwei weiteren Tagungsterminen zu den Themen konkrete Politik- und Reformvorschläge erarbeiten, die dem Konferenzplenum präsentiert werden. Während die zweiten Tagungen online und die dritten dezentral in Dublin, Florenz, Maastricht und Nattolin stattfinden sollten, ist derzeit unklar, ob und wann dies als Präsenztageungen möglich sein wird. Die Hoffnung ist, dass durch die Zufallsauswahl die Teilnehmenden die gesellschaftliche Vielfalt in allen 27 Mitgliedstaaten abgebildet wird und diese in die Debatte mit einbezieht. Dabei ist ein Drittel der Plätze für Bürger:innen unter 25 Jahren reserviert sind. Dies hat jedoch nicht dazu geführt, dass das Thema Jugendpolitik einen herausgehobenen Stellenwert in Bürgerforen einnimmt. Jugendpolitik ist Teil des sehr breiten Themenspektrum von Forum 1. Allerdings verfügt die EU im Bereich der Jugendpolitik lediglich über wenige Kompetenzen und kann nur unterstützend und koordinierend tätig werden (Tham 2020).

Allen Bürger:innen steht unter der Internetadresse <https://futureu.europa.eu/> die mehrsprachige Online-Plattform als Forum zum Austausch über Ideen und Vorschläge zur Zukunft der EU offen. Dort sind auch Informationen zu weiteren Veranstaltungen und die Aktivitäten der Plenarversammlung und den Bürgerforen zu finden. Bis zum 3. November 2021 sind dort 9.337 eingebrachte Ideen insgesamt 16.017-mal kommentiert worden (Kantar Public 2021: 13). Die mit Abstand meisten Ideen (1.717) wurden im Themenfeld »Klima- und Umweltschutz« gefolgt vom Thema »Europäische Demokratie« (1.390) eingebracht. Wobei die Ideen zum letzteren Thema mit 3.122 Beiträgen am häufigsten kommentiert werden. Der Themenbereich »Bildung, Kultur, Jugend und Sport« liegt mit 863 Ideen und 1.185 Kommentaren auf dem fünften Platz unter den zehn Themenfeldern auf der Online-Plattform (Kantar Public 2021: 19). Thematisch sind die Vorschläge in diesem Themenfeld weit gefächert und befassen sich u. a. mit der Rolle der europäischen Medien, Fremdsprachenausbildung, Modernisierung von Bildungsinhalten und Maßnahmen zur Reduzierung der Jugendarbeitslosigkeit (Kantar Public 2021: 12).

Die vorliegenden Daten zur Frage, welche Bürger:innen sich auf der Plattform an den Debatten beteiligen, sind leider nur begrenzt aussagekräftig, da sich auf der Plattform auch Organisationen registrieren können und rund ein Drittel der

⁶ Der Konvent zur Zukunft Europas wurde 2001 damit beauftragt, Vorschläge für eine Reform der EU-Verträge zu machen. Stattdessen erarbeitete er unter Vorsitz des früheren französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing den Entwurf eines »Vertrags über eine Verfassung für Europa«. Der Vertrag scheiterte zwar in Referenden in Frankreich und den Niederlanden, sein Inhalt wurde aber in großen Teilen in den Vertrag von Lissabon übernommen.

⁷ Das Modell des inzwischen in Art. 48 EU-Vertrag vorgesehenen Konvents als ordentliches Verfahren zur Änderung der Verträge stellt auch den Ausgangspunkt für den Vorschlag des Parlaments zur Zusammensetzung der Konferenz dar (siehe später).

⁸ Er setzt sich zusammen aus je drei stimmberechtigten Mitgliedern sowie je vier Beobachter:innen des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission. Weitere Beobachter:innen entsenden der Ausschuss der Regionen, der Wirtschafts- und Sozialausschuss, die Konferenz der Europaausschüsse der Parlamente der EU sowie die Sozialpartner.

⁹ 80 Mitglieder europäischen und je EU-Land ein Mitglied der nationalen Bürgerkonferenz.

registrierten Nutzer keine Angaben macht. Unter den anderen zeigt sich positiv, dass nicht wie es häufig der Fall, Bürger:innen aus dem deutschen Sprachraum übermäßig stark engagiert sind, sondern die meisten Beiträge pro Kopf aus Malta, Belgien (einschließlich Brüssel als europäischer Hauptstadt), Luxemburg und Finnland stammen. Hinsichtlich des Geschlechts zeigt sich dagegen das klassische Bias, dass Frauen (15 Prozent) weniger engagiert sind als Männer (57 Prozent).¹⁰ Was das Engagement der Jugend betrifft, so macht die Altersgruppe der 15- bis 24-jährigen 10 Prozent der auf der Plattform Aktiven aus, was genau dem Anteil der Studierenden entspricht (Kantar Public 2021: 12). Auch wenn die genannten Zahlen zusammen mit den rund 150.00 Teilnehmenden der im Rahmen der Konferenz organisierten Veranstaltungen beeindruckende Zahlen sein mögen, so ist die Konferenz zur Zukunft Europas immer noch weit davon entfernt, eine Debatte in der Breite der Gesellschaft angestoßen zu haben.

Die Konferenz als Auftakt für einen verfassungsändernden Konvent?

16 Monate hat die Ausarbeitung dieser komplexen Konferenzstruktur gedauert, während die Konferenz zwar am 9. Mai 2021 gestartet ist mit ihrer Arbeit de facto aber erst nach der Sommerpause im September 2021 begonnen hat. Es bleiben bis zum Ende im Mai 2022 gerade einmal neun Monate Zeit in denen die Debatte auf der Online-Plattform laufen soll, die Bürgerforen auf europäischer und nationaler Ebene Ideen entwickeln sollen, diese dann in das Konferenzplenarium eingespeist werden, dessen 406 Mitglieder dann in den Arbeitsgruppen konkrete Politikempfehlungen erarbeiten, die dann im Mai 2022 vom Exekutivausschuss im Abschlussbericht präsentiert werden sollen. Dies einen ambitionierten Zeitplan zu nennen, dürfte allein schon eine Untertreibung sein. Hinzu kommt jedoch, dass einerseits die Pandemie bereits zur Absage der Plenarsitzung im Dezember 2021 geführt hat und andererseits die Organisation der Konferenz – den Aussagen zahlreicher Plenumsmitglieder zufolge – suboptimal ist. So sehr sich alle Beteiligten derzeit auch engagieren, der große Entwurf, der endlich alle notwendigen Reformen adressiert, um die EU fit für die Zukunft zu machen, wird der Abschlussbericht nicht sein. Im günstigsten Fall ist er eine weitere Dokumentation der dringend notwendigen Reformen und die Konferenz selbst nur der Auftakt zum verfassungsändernden Konvent, den das Europäische Parlament und die neue deutsche Bundesregierung fordern. Je nachdem, wie die französische Wahl im kommenden Frühjahr ausgeht, könnte der wiedergewählte französische Präsident dieser

Forderung nochmals mehr Gewicht verleihen. Ob dieses jedoch genügt, um sich gegenüber den mittel- und osteuropäischen Staaten sowie den Sparsamen Vier/Fünf¹¹ durchsetzen, die einer Vertragsreform skeptisch gegenüber stehen, ist eine mehr als offene Frage.

Literatur

- Campbell, Denis/Davies, Rob** (2021): GPs and hospitals to limit blood tests in England due to bottle shortage, in: The Guardian, 26. August 2021, abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/society/2021/aug/26/doctors-in-england-ration-blood-tests-due-to-sample-bottle-shortage>.
- Drew DeSilver**: Euroskeptics are a bigger presence in the European Parliament than in past, 22nd of May 2019, available at: <https://www.pewresearch.org/fact-tank/2019/05/22/euroskeptics-are-a-bigger-presence-in-the-european-parliament-than-in-past/>.
- Europäische Kommission** (2020): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas, COM(2020)27, abrufbar unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52020DC0027&from=EN>.
- Europäische Kommission** (2017): Weißbuch zur Zukunft Europas. Die EU der 27 im Jahr 2025 – Überlegungen und Szenarien, COM(2017) 2025, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/weissbuch_zur_zukunft_europas_de.pdf.
- Europäisches Parlament** (2020): Standpunkt zur Konferenz über die Zukunft Europas, Januar 2020, abrufbar unter: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0010_DE.html.
- Europäisches Parlament/Europäische Kommission/Rat der EU** (2021): Gemeinsame Erklärung über die Zukunft Europas. Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern für mehr Demokratie – Aufbau eines resilienteren Europas, Brüssel.
- Guérot, Ulrike** (2021): »Mehr Verwaltung als Gestaltung«. Interview, in: Die Rheinpfalz, 26. November 2021.
- Hamburg.de Beteiligungs GmbH** (2021): Behördenvorstellung. Personalamt im Porträt, abrufbar unter: <https://www.hamburg.de/personalamt/personalamt-portraet/>.
- Hofmann, Andreas** (2020): Europäische Kommission, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang/Tekin, Funda (Hrsg.): Europa von A bis Z, Wiesbaden, abrufbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-24456-9_46-2.
- Jayanetti, Chaminda** (2021): Disabled people struggling to hire carers after Brexit, in: The Guardian, 23. Oktober 2021, abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/society/2021/oct/23/disabled-people-struggling-to-hire-carers-after-brexit>.
- O'Carroll, Lisa** (2021): Sewage discharge rules eased over fears of chemical shortage, in: The Guardian, 7. September 2021, abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/politics/2021/sep/07/government-ease-sewage-discharge-rules-amid-chemical-shortage>.
- Kaelble, Hartmut** (2021): Forum: EU: H. Kaelble: Durch eine neuartige Krise überrascht: Die Europäische Union und die Coronakrise, in: H-Soz-Kult. Kommunikation und Fachinformation für die Geschichtswissenschaften, 25. Juni 2020, abrufbar unter: <https://www.hsozkult.de/debate/id/diskussionen-5015>.

- Kaelble, Hartmut** (2012): Spirale nach unten oder produktive Krisen? Zur Geschichte politischer Entscheidungskrisen der europäischen Integration, in: integration, Jg. 36, Nr. 3, S. 169-182.
- Klein, Julia/Plotka, Julian/Tittel, Amelie** (2018): Der Neustart der europäischen Integration durch eine inklusive Avantgarde? in: integration, Jg. 41, Nr. 2, S. 141-168.
- Lufthansa** (2019): Lufthansa wirbt für Europawahl. Sonderlackierung »SayYesToEurope« auf einem Lufthansa Airbus A320, 24th of April 2019, available at: <https://www.lufthansagroup.com/de/newsroom/meldungen/lufthansa-wirbt-fuer-europawahl.html>.
- Macron, Emmanuel** (2019): Für einen Neubeginn in Europa, 4. März 2019, abrufbar unter: <https://www.elysee.fr/en/emmanuel-macron/2019/03/04/fur-einen-neubeginn-in-europa.de>.
- Merkel, Angela** (2010): Speech by Federal Chancellor Angela Merkel at the opening ceremony of the 61st academic year of the College of Europe in Bruges on 2 November 2010, abrufbar unter: https://www.coleurope.eu/sites/default/files/speech-files/europakolleg_brugge_mitschrift_englisch_0.pdf.
- Morris, Peter** (2021): Brexit to blame for empty trucks and shelves, in: The Guardian, 13. Oktober 2021, abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/business/2021/oct/13/brexit-to-blame-for-empty-trucks-and-shelves>.
- Kantar Public** (2021): Mehrsprachige digitale Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas. Dritter Zwischenbericht November 2021, abrufbar unter: <https://future.europa.eu/pages/plenary>.
- Müller Gómez, Johannes/Reiners, Wulf** (2019): Rivalität mit System? Zehn Jahre institutioneller Wettbewerb zwischen Europäischem Parlament und Europäischem Rat, in: integration, Jg. 42, Nr. 4, S. 262-279.
- Plotka, Julian** (2020): Die Konferenz zur Zukunft Europas zwischen »Konvent 2.0« und »Intergouvernementalismus 3.0«: Warum Europa diese Chance zur Reform nutzen muss, in: integration, Jg. 43, Nr. 3, S. 231-244.
- Rat der EU** (2020): Conference on the Future of Europe, 24. Juni 2020, Dok. 9102/20.
- SPD/Grüne/FDP** (2021): Mehr Fortschritt wagen. Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. Koalitionsvertrag zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, abrufbar unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf.
- Tham, Barbara** (2020): Jugendpolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang/Funda, Tekin (Hrsg.): Europa von A bis Z, Wiesbaden, abrufbar unter: https://doi.org/10.1007/978-3-658-24456-9_79-1.
- The Economist** (2020): How a dining club briefly took over the EU. What next for the Eurogroup?, 18. Juni 2020, abrufbar unter: <https://www.economist.com/europe/2020/06/18/how-a-dining-club-briefly-took-over-the-eu>.
- von der Leyen, Ursula** (2019): Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa. Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024, 10. September 2019, S. 23, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf.
- Woodcock, Andrew** (2021): Worker exodus after Brexit putting pig farms at threat, in: Independent, 4. September 2021, abrufbar unter: <https://www.theguardian.com/business/2021/oct/13/brexit-to-blame-for-empty-trucks-and-shelves>.

¹¹ Dänemark, die Niederlande, Österreich und Schweden später zusammen mit Finnland haben sich 2020 bei den Verhandlungen über den neuen mehrjährigen Finanzrahmen für einen sparsames EU-Budget eingesetzt.

¹⁰ 0,4 Prozent nicht-binäres Geschlecht, 28 Prozent keine Angabe (Kantar Public 2021: 18).

Das Europäische Jahr der Jugend – mehr als ein großer Titel?

Von Lars Becker, Europa-Union Hamburg

2022 ist das Europäische Jahr der Jugend. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte dies am 15. September 2021 in Ihrer »Rede zur Lage der Union« an. Kommission, Rat und Parlament folgten dem Vorschlag.

Vor dem Hintergrund des ökologischen und digitalen Wandels solle das Jahr genutzt werden, um »neue Perspektiven für die Zukunft sowie Chancen zum Ausgleich der negativen Auswirkungen der Pandemie auf junge Menschen und



die Gesellschaft insgesamt [zu] bieten«. Junge Bürger/innen, insbesondere aus benachteiligten Bevölkerungsgruppen, sollen zur Teilhabe ermutigt und politische »Maßnahmen, die der persönlichen, sozialen und beruflichen Entwicklung junger Menschen dienen«, bekannter gemacht werden.

Den Rahmen für das Europäische Jahr sollen die EU-Jugendstrategie 2019 – 2027, die Europäischen Jugendziele und die Prioritäten der Kommission 2019 bis 2024 bilden und an zahlreiche Vorhaben in den Bereichen Jugend und Bildung anknüpfen.

Auch verweist die Kommission auf das Programm NextGenerationEU, das zur Bewältigung der Corona-Pandemie aufgesetzt wurde, sowie auf die laufende Konferenz zur Zukunft Europas und stellt diese als Maßnahmen mit hoher Relevanz für die Jugend dar.

Die Zielvorgaben sind relativ hochgesteckt. Allerdings handelt es sich bei näherer Betrachtung im Wesentlichen um eine zeitweise Akzentuierung bestehender jugendpolitischer Themensetzungen. Das Jahr wird aus dem bestehenden Haushalt finanziert, und für EU-weite Koordinationsmaßnahmen werden »mindestens 8 Millionen Euro« bereitgestellt.

Inhaltlich sind von der Kommission jedoch keine großen neuen Impulse zu erwarten. Aus dem Berlaymont-Gebäude, dem Sitz der Europäischen Kommission, ist zu hören, von der Leyen habe das Thema ohne größere Vorbereitung im eigenen Apparat auf die Agenda gesetzt, und bislang gibt es von EU-Seite keine konkreten Pläne, wie – über bestehende längerfristige Themen hinaus – das Jahr umgesetzt werden soll. Entsprechend verwundert es wenig, wenn auch in Bundes- und Landesbehörden die Planungen zur Begleitung des Jahres kaum fortgeschritten sind.

Mit der Jugend ...

Gleichwohl, auch wenn allzu große Erwartungen unbegründet wären, bietet diese thematische Schwerpunktsetzung gerade für Jugendverbände eine gute Chance, ihre Themen zu platzieren und mitzuwirken – und möglicherweise ihre Mitwirkungsrechte zu stärken.

Von der Leyen betonte immer wieder, dass nicht nur über sondern mit »der Jugend« gesprochen werden müsse. So unterstreicht sie zum Beispiel mit Blick auf die Konferenz zur Zukunft Europas, darauf geachtet zu haben, dass in den Bürgerforen ein Drittel junge Menschen saßen. Dies ist mit Blick auf die Mitwirkung nicht organisierter Bürger/innen sicherlich erstrebenswert; allerdings fällt auf, dass die organisierte Jugend vergleichsweise schwach vertreten ist. Von der Leyen weist darauf hin, dass die Präsidentin des Europäischen

Was sind Europäische Jahre?

Europäische Jahre werden seit 1983 zumeist jährlich von der Europäischen Union ausgerufen, um für bestimmte Themen zu »sensibilisieren« und einen die Mitgliedstaaten übergreifenden Austausch zu Themen anzustoßen. Oft sind diese Europäischen Jahre mit Mitteln für das spezifische Thema hinterlegt; in erster Linie geht es aber darum, die politische Aufmerksamkeit auf das jeweilige Thema zu lenken. 2021 war das Europäische Jahr der Schiene.

Jugendforums im Plenum der Konferenz zur Zukunft Europas vertreten ist; verschweigt dabei aber, dass diese lediglich eine von rund 400 Vertreter/innen ist, die im Plenum sitzen.

Institutionell sind zivilgesellschaftliche Jugendorganisationen kaum vertreten, während ansonsten ein buntes Spektrum von Akteuren beteiligt ist. Da die Konferenz zur Zukunft Europas ein befristetes Projekt ist, würde sich auch ein Blick auf bestehende Vertretungsstrukturen lohnen. So fällt zum Beispiel auf, dass Jugendorganisationen im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) kaum bis gar nicht vertreten sind. Unter den von Deutschland benannten Mitgliedern ist zwar die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) vertreten, der Deutsche Bundesjugendring hingegen nicht. Da eine grundlegende Reform des EWSA – mitsamt seiner seit Gründung eher intransparenten und

EU-Jugendpolitik

Die EU hat im Bereich der Jugendpolitik keine direkten politischen Kompetenzen. Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union wird die Harmonisierung der Gesetzgebung im Bereich der Jugendpolitik sogar ausdrücklich ausgeschlossen.

Gleichwohl kann der Rat Empfehlungen beschließen und die Organe über ihren Haushalt Programme zum Jugendaustausch, zur demokratischen Beteiligung oder zur beruflichen Bildung finanzieren.

Die EU trägt insofern zur Finanzierung jugendpolitischer Maßnahmen über EU-Mittel bei und übernimmt im Rahmen der sogenannten Methode der Offenen Koordinierung eine zunehmend stärkere Koordinierungsfunktion.

NextGenerationEU

NextGenerationEU ist ein EU-Konjunkturprogramm in Höhe von mehr als 750 Milliarden Euro, das zur Bewältigung der Pandemiefolgen beschlossen wurde.

Es ist das erste Mal in der Geschichte der EU, dass die EU als Ganzes Schulden aufnimmt. Dies war über viele Jahre Gegenstand politischer Auseinandersetzungen und galt lange Zeit als undenkbar.

widersprüchlichen Besetzungspraktiken – leider nicht absehbar ist, wäre das Europäische Jahr der Jugend eine gute Gelegenheit, zumindest die Besetzungspraxis breit zu diskutieren und Reformwege aufzuzeigen. Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung böte hierfür übrigens ebenfalls gute Ansatzpunkte im nationalen Kontext, da schon in der Präambel versprochen wird: »Wir werden junge Menschen an Entscheidungen, die sie betreffen, beteiligen.«

Wenn das Versprechen von mehr Mitsprachmöglichkeiten für »die Jugend« ernst gemeint ist, dann gilt es, auch bestehende Strukturen zu stärken. So richtig deliberative Ansätze sind – wie bei den Europäischen Bürgerforen, die auf eine repräsentative Vertretung auch junger Menschen setzen, so wenig können sie klassische Formen der Interessenvertretung ersetzen. Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerverbände würden sich zu Recht beklagen, wenn sie nicht mehr gehört würden und / oder der Gesetzgeber auf repräsentative Befragungen oder deliberative Formate mit repräsentativ ausgewählten Arbeitgebern oder Arbeitnehmern setzen würde. Diese neueren Formate sind als Ergänzung bestehender Strukturen durchaus sinnvoll. Aus den Ergebnissen können z.B. Wissenschaft, Politik oder Interessenvertreter/innen Schlüsse ziehen und sie für ihre Arbeit nutzen. Allerdings müssen derartige Ergebnisse

aus unterschiedlichen Perspektiven gedeutet werden. Die Perspektiven der Jugendverbände sind relevant, werden aber oft nicht gehört. Das Europäische Jahr sollte deshalb deutlich machen, dass es nicht reicht, Jugend nur in Sonntagsreden als relevant zu bezeichnen, sondern dass die Perspektiven der Jugend in bestehenden oder neuen Beteiligungsstrukturen gehört werden müssen. So wie jene von Seniorenorganisationen oder den ohnehin schon einflussreichen Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerorganisationen. Letztere haben ohnehin sehr viel mehr Ressourcen – nicht nur finanziell (und dadurch im Hauptamt) sondern auch an sozialem und Bildungskapital. Es gibt häufiger privilegierte Zugänge zu politisch einflussreichen Akteuren und Entscheidungsträgern – oft unterstützt über soziale Netzwerke, die über viele Jahre aufgebaut wurden, genauso wie einen viel höheren Grad der Professionalisierung im Lobbying durch viel mehr Erfahrung.

Dass das Europäische Jahr der Jugend Chancen birgt, dass Jugendperspektiven stärker wahrgenommen werden, zeigen auch Überlegungen in unserer Hansestadt. So soll das Europäische Jahr der Jugend für eine Bewerbung Hamburgs als Europäische Jugendhauptstadt genutzt werden, und diese gilt es über das Jahr vorzubereiten.

Perspektiven auf die Zukunft

Das Europäische Jahr der Jugend soll in seiner Perspektive nicht auf die Gegenwart verengt werden, sondern mit Blick auf die Zukunft ausgerichtet sein; nicht auf Jugendpolitik im engeren Sinne verkürzt werden oder auf kurzfristige – wenn auch wichtige – Maßnahmen, wie der Bekämpfung heutiger Jugendarbeitslosigkeit, beschränkt werden. Es gilt alle Themen der Hohen Politik und insbesondere der großen Zukunftsthemen aus einer Jugendperspektive heraus zu deuten, zu kommunizieren und im politischen Handeln mitzudenken. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen erklärte hierzu: »Vom Klima über Soziales bis hin zu Digitalem – junge Menschen stehen im Zentrum unserer politischen Entscheidungen und

Über den Autor



Lars Becker beschäftigt sich seit seiner Jugend mit europäischer und internationaler Politik und engagierte sich überparteilich zunächst u. a. bei den Jungen Europäischen Föderalisten, deren Bundesvorsitzender er war, und später dann in der Europa-Union Deutschland. Er war langjähriges Mitglied des Bundesvorstandes und ist seit Oktober Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg. Im Hauptberuf ist er in der IT tätig.

Info: www.europa-union-hamburg.de

Prioritäten. Wir wollen ihnen zuhören, wie wir es auch auf der Konferenz zur Zukunft Europas tun, und wir wollen gemeinsam die Europäische Union von morgen gestalten. Eine Union, die stärker ist, wenn sie den Ansprüchen unserer Jugend gerecht wird, verwurzelt in Werten und ist kraftvoll im Handeln.«

Gelänge dies, könnte das Europäische Jahr der Jugend auch ein Jahr der EU-Zukunftsthemen werden, und die Jugend könnte wichtige Zukunftsthemen antreiben, darauf drängen sie anzugehen und nicht aufzuschieben.

Vorsicht vor leeren Partizipationsversprechen

An diesem Beteiligungsversprechen müssen sich Kommission und staatliche Akteure messen lassen. Sie müssen »liefern«, denn das Vertrauen in Politik bzw. politische Akteure sinkt; obgleich zumindest hierzulande die Zufriedenheit mit dem

Jugend in der EU-Gesamtbevölkerung

Bevölkerungsgruppen	2020 (absolut)	2020 (relativ)
EU27: Gesamtbevölkerung	444.802.830	100,00 %
EU27: 15-29jährige	76.117.706	17,11 %
EU27: unter 15	67.840.870	15,25 %
EU27: unter 30	143.958.576	32,36 %
DE: Gesamtbevölkerung	83.155.031	100,00 %
DE: unter 30	24.818.004	29,85 %
HH: Gesamtbevölkerung	1.852.478	100,00 %
HH: unter 30	601.776	32,48 %

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein



politischen System an sich steigt. In der Shell-Jugendstudie 2019 konstatierten 71% der befragten Jugendlichen: »Politiker kümmern sich nicht darum, was Leute wie ich denken.« Dies korrespondiert mit der Jugendbefragung des Europäischen Parlaments 2021. Hier gibt eine Mehrheit an, kaum Einfluss auf politische Prozesse zu haben; ein ganzes Drittel sagt sogar, dass sie keinerlei Einfluss hätten. Im europäischen Vergleich ist die Gruppe der Jugendlichen, die das Gefühl haben, kaum politischen Einfluss nehmen zu können, hierzulande sogar noch verhältnismäßig klein.

Interessant ist das Gefälle zwischen jenen mit hohem Bildungsstand und jenem mit niedrigerem bzw. jenes zwischen wohlhabenden und eher armen jungen Menschen. Insbesondere höher Gebildete oder solche mit einem höheren ökonomischen Status haben das Gefühl, dass ihnen Einflussmöglichkeiten fehlen. Gerade jene also, die die »Partizipationsversprechen« politischer Akteure besonders häufig rezipieren.

Partizipationsversprechen, die nicht eingelöst werden, werden nicht dabei helfen, diese Grundhaltung einer großen Mehrheit junger Menschen zu ändern. Im Gegenteil. Sie mögen in Sonntagsreden gut klingen, sind aber dazu geeignet, nachhaltig spezifische Formen von Politik- oder besser Politiker/innenverdrossenheit zu befördern.

Die EU läuft dabei leider perspektivisch in Gefahr sich – auch beim Europäischen Jahr der Jugend – zu verheben. Eine klassische Werbestrategie der EU-Institutionen für die europäische Integration war und ist es, erfolgreiche Politiken, die einer Mehrheit der Bevölkerung gut zu vermitteln sind, in den Mittelpunkt zu stellen. Es ist kein Zufall, dass das freie Reisen und der freie Handel bis heute Leitmotive der Öffentlichkeitsarbeit sind. Es ist auch kein Zufall, dass symbolträchtige Verbraucherschutzthemen wie etwa die Regelungen zum EU-Roaming jahrelang ein Anker für die Kommunikation sind, obwohl vergleichsweise kleine Teile der Bevölkerung davon regelmäßig profitieren und der reale Nutzwert für die meisten EU-Bürger/innen eher gering ist. Aber diese kleinen Erfolgsgeschichten funktionierten in der Kommunikation sehr gut, weil relevante Teile der Bevölkerung oft genug die Auswirkungen solcher Regulationsentscheidungen bemerken und als positiv wahrnehmen.

Die Themen, die die Kommission nun aufruft, sind ungleich größer, und die Wahrscheinlichkeit, dass sehr breite Mehrheiten der EU-Bevölkerung mit den Politiken zur Digitalisierung, zum Klimaschutz, zur Migrationspolitik, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit usw. so zufrieden sein werden – wie mit den Politiken in den bisherigen Schwerpunktfeldern der EU, ist deutlich kleiner. Hierfür gibt es vielfältige Gründe: Die Komplexität dieser Themen; größere Interessen- und Zielkonflikte, durch die Win-Wins schwerer zu erzielen sind; sowie geteilte oder mangelnde Zuständigkeiten der EU.

Die Konferenz zur Zukunft Europas soll nun all diese Großthemen auf einmal adressieren; und natürlich unter starker Beteiligung »der Jugend«. Einer Jugend, die – wie wir zum Beispiel bei den letzten Bundestagswahlen an den Stimmgewinnen bei den Jungwähler/innen sowohl der Grünen als auch der FDP sehen konnten – alles andere als eine homogene Gruppe ist.

Bei den kommenden Großthemen, die die EU nun bearbeiten will, wird das technokratische Narrativ, dass es nur auf »gute Politik« ankomme, nicht mehr tragen. Es wird zunehmend häufiger einen politischen Meinungsstreit geben mit Ergebnissen, die nicht mehr so breit als positiv bewertet werden. In klassischen nationalstaatlichen Demokratien ist dies kein Problem, denn sie leben von Konsens und Meinungsstreit und dem gelegentlichen Wechsel, wenn eine breite Konsensbildung nicht möglich ist.

Die Kommission hat Themen aufgerufen, die nicht rein konsensbasiert verhandelt werden können. Demzufolge wird auch die Ansprache und Einbindung der europäischen Jugend nicht dazu führen, dass eindeutige Leitlinien entwickelt werden können, was »die Jugend« will. Es wird nicht funktionieren, sie für sich einzunehmen. Echte Beteiligung der Jugend im Europäischen Jahr der Jugend wird aufzeigen, dass wir in pluralen Gesellschaften leben, in dem das Miteinander stets politisch neu verhandelt werden muss.

Dafür bedarf es einerseits nach der Konferenz zur Zukunft vertragliche Reformen der EU, die ihre Handlungsfähigkeit dort erhöht, wo rein technokratische Moderation nicht zum Ziel führt, und andererseits der Bündelung von Interessen und ihrer Vertretung. Diese ist keine Einbahnstraße von oben herab, sondern führt in beide Richtungen. Wie erfolgreich das Europäische Jahr der Jugend wird, hängt insofern nicht alleine von den politischen Akteuren ab – sondern auch vom politischen Vorfeld, da sich diese Form des Agenda-Setting für eigene Jugendthemen nutzbar machen lässt. Jugendakteure haben insofern das Glück, dass dieses Thema zum Türöffner werden kann, und sie sollten diese Chance dafür nutzen.

Weitergehende Informationen

- Unterrichtung über die Kommissionsvorlage zum Europäischen Jahr der Jugend: <https://dip.bundestag.de/vorgang/vorschlag-%C3%BCr-einen-beschluss-des-europ%C3%A4ischen-parlaments-und-des-rates/282563?f.wahlperiode=19&f.wahlperiode=20&rows=25&pos=8>
- EU Jugendstrategie 2019-2027: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=OJ:C:2018:456:FULL>
- EU-Jugendziele: <https://youth-goals.eu>
- Eurobarometer: European Youth Survey 2021: www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2021/youth-survey-2021/report.pdf

Demokratie, Kompromisse und Klimakino

Serie Wirkungsstätten: Die BUNDjugend Hamburg macht Kino



Fotos © BUNDjugend Hamburg

Von Charlotte Mindorf, Landesjugendring Hamburg

Engagiert und souverän. Louisa, Ansprechpartnerin für das BUNDjugend Projekt »Klima: Zwischen Krise und Gerechtigkeit«, eröffnet die Veranstaltung und stimmt das Publikum auf den Film ein – von Nervosität keine Spur. Trotz Coronapandemie sind 47 Gäste zum Klimakino, das die BUNDjugend in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung im Metropolis Kino Hamburg organisiert hat, gekommen. Gezeigt wird der Dokumentarfilm »Wem gehört mein Dorf?« von Christoph Eder. Der Regisseur und Drehbuchautor ist im Anschluss per Video zur Diskussion zugeschaltet, um die Fragen des Publikums zu beantworten. Dass Luisa doch ein wenig aufgeregt gewesen ist, erzählt sie nach Veranstaltung. Die 21-Jährige ist der BUNDjugend Hamburg, wie so viele Ehemalige nach ihrem FÖJ (Freiwilliges Ökologisches Jahr), das sie 2018/2019 gemacht hat, trotz ihres Umzugs nach Lüneburg als Mitarbeiterin treu geblieben. Die BUNDjugend Hamburg (Jugend im Bund für Umwelt- und Naturschutz e.V.) ist ein eigenständiger Jugendumweltverband, der sich für Klimaschutz und eine nachhaltige sowie soziale Umweltpolitik einsetzt. Die Aktiven sind zwischen 14

und 27 Jahren alt und treffen sich regelmäßig, um verschiedene Aktionen und Veranstaltungen zu planen und umzusetzen. Auch Vernetzung ist angesagt: Die BUNDjugend Hamburg ist seit Oktober 2021 Mitglied des Landesjugendring Hamburg.

Provinzposse – Politik im Kleinen erklärt. Der Film stellt die Situation vergangener Jahre des kleinen Ortes Göhren auf Rügen dar. Es geht um Geld, Naturschutz, Heimatgefühle und »die Vier von der Stange«. Die vier Herren, die allesamt Mitglieder des Gemeinderates sind, lenken die Geschicke der Gemeinde seit Jahren und – wie viele Bürger/innen glauben, nicht zum Wohle dieser. Es geht vor allem um Flächen um Göhren, die ausverkauft werden. Angeblich um Wohnraum zu schaffen, doch »es geht nicht um Bedarfe, sondern um Geld!«, stellt einer der Bürger fest. Darüber hinaus soll eine Klinik am Südstrand mit Hilfe von Herrn Horst gebaut werden. Was »Santé Royal« heißt wird eine Klinik? – auch das Kinopublikum stellt dies sofort in Frage und ein Raunen fährt durch die Reihen des Kinosaals. Herr Horst beteiligt sich als Investor an vielen Projekten in Göhren, die das Bild des Ortes langfristig verändern. Generell ist man den Protagonisten des Films sehr nah – man

ertappt sich fast ein bisschen dabei, dass man Mitleid mit dem aufgewählten Herrn Horst empfindet, als das Filmteam ihn zum Klinikgelände ruft, auf dem randaliert wurde.

»Demokratie in the nutshell!« Das wird in diesem Film deutlich, denn ein Teil der Bürger/innen schließt sich zusammen und gründet die BILG: Bürgerinitiative für ein lebenswertes Göhren. Schließlich kandidieren einige Akteure der BILG

Serie: Wirkungsstätten

Die Jugendverbände in Hamburg stellen vielfältige Freizeit- und Bildungsprogramme auf die Beine: von wöchentlichen Gruppenstunden und Seminaren bis hin zu wochenlangen Ferienfreizeiten. punktum porträtiert in dieser Serie Jugendverbände, ihre Wirkungsstätten und schaut über den Tellerrand auf andere Formen der Jugendarbeit. Alle bisherigen Reportagen finden sich online unter: www.ljr-hh.de/wirkungsstaetten

für den Gemeinderat. Es folgt ein spannender Wahlkampf, man fiebert als Zuschauer/in mit und verfolgt gebannt die Durchsage der Wahlergebnisse auf der Leinwand. Fünf Mitglieder der BILG sitzen nun im Gemeinderat – »die Vier von der Stange« haben keine Chance mehr. Der Film vermittelt wie lokaldemokratische Mechanismen funktionieren, und dies lässt sich auf weltpolitische Mechanismen übertragen. Deutlich wird durch den Film auch, dass man sich engagieren muss und mitunter einen langen Atem braucht, wenn man bestimmte Ziele erreichen möchte. So dauert es 14 Jahre, bis sich ein Skatepark in Göhren realisieren lässt – nur möglich, da die jungen Menschen einen Verein gegründet haben. Der 26-jährige Philipp, ein Gast aus dem Publikum, urteilt, dass der Film sehr authentisch sei und die verschiedenen Lebensrealitäten der Protagonisten gut näherbringe. Er hat in der ZEIT einen Bericht zu dem Dokumentarfilm gelesen und ist im Internet auf das Klimakino aufmerksam geworden. Der Film sei ihm durch die Erzählperspektive »recht nah gegangen«.

Das Klimakino ist aus dem BUNDjugend-Projekt »Klimawerkstatt« gewachsen. Die Klimawerkstatt findet seit Januar 2021 mehrmals im Jahr statt und ermöglicht es den Aktiven, sich über verschiedene Themen auszutauschen und demokratisch über Aktionen abzustimmen. Schnell war die Idee geboren, ein Klimakino zu organisieren. Anna, die ehrenamtliche Sprecherin der BUNDjugend Hamburg ist, weist darauf hin, dass alle Interessierten zur Klimawerkstatt kommen können, auch wenn diese vielleicht nicht in den Themen drin sind. »Wir fangen bei null an, damit die Klimawerkstatt für alle offen ist«, betont sie. So wird man nicht ins kalte Wasser geworfen, sondern an die Themen, die einen wirklich interessieren, herangeführt. Dadurch, dass Abstimmungen durchgeführt und die Organisation von Aktionen transparent und partizipativ durchgeführt werden, lernen die Aktiven auch bei der Klimawerkstatt viel über demokratische Prozesse. Es wird diskutiert, gestritten und Kompromisse geschlossen – so wie im Film, wenn eine kleine Gruppe von BILG-Aktiven ihr weiteres Vorgehen plant. Das Klimakino hat nun zweimal erfolgreich stattgefunden und soll fortgesetzt werden.

Persönliche Einblicke. Nach dem Film startet Louisa einen Videocall und Christoph Eder erscheint auf der Leinwand, um sich den Fragen des Publikums zu stellen. Er ist auf der Insel aufgewachsen, weshalb der Film sehr persönlich mit eigenen Familienaufnahmen beginnt und dadurch noch mehr Nähe schafft. Er erläutert, dass die Protagonisten und Protagonistinnen einige Vorbehalte hatten und eigentlich keiner vor der Kamera stehen wollte; die Produktion war ein langwieriger Prozess. Darüber hinaus verrät Eder einiges zur Entstehung des Films – so war Nadine,



eine der Protagonistinnen, anfangs nicht geplant gewesen, doch sie habe dem Film durch ihre weibliche Schichtweise als Gegenstück zur Herrenrunde nochmal einen anderen Blickwinkel gegeben. Den Film haben mittlerweile 1.600 Menschen in Göhren im Kino gesehen. Nach den Dreharbeiten brauchte Eder erstmal Abstand zur Insel und ist nach Leipzig gezogen. In Göhren stehen sich nun wieder zwei Lager mit vertauschten Rollen gegenüber, und es läuft ein Gerichtsverfahren zu den Verträgen zwischen der Gemeinde und dem Investor Horst. Doch der neue Gemeinderat konnte verhindern, dass am ursprünglichen Südstrand weder eine Promenade noch ein Hafen gebaut wird. Christoph Eder wird, so wie nun vermutlich auch einige aus dem Publikum, das Geschehen in Göhren weiter verfolgen. Die Zuschauer/innen klatschen begeistert Beifall für dieses gelungene Stück Lokalpolitikgeschichte und bedanken sich beim Regisseur für seine Offenheit.

Zum Abschluss des Klimakinis weist Louisa auf die kommenden Veranstaltungen der BUNDjugend Hamburg hin und lädt alle Interessierte zum Kommen ein. Als »total authentisch und echt«, bewertet sie den Film. Nadine sei ein richtiges »Rolemodel«, und obwohl es als Zuschauer anstrengend sei, sich in die verschiedenen Menschen hineinzuversetzen, lockere die Situationskomik den Dokumentarfilm immer wieder auf und motiviere dazu, sich selbst zu engagieren.

Und jetzt noch die Erde retten. Die BUNDjugend Hamburg ist ein offener, bunter Jugendverband, der sich aktuellen Themen wie Klima und Naturschutz, deutscher und – bei der Frage nach Klimagerechtigkeit – auch der internationaler Politik widmet. Die Aktiven zeigen mit verschiedenen Aktionen und Bildungsangeboten Probleme auf und versuchen Lösungsansätze sichtbar zu machen und zu erarbeiten. Zu den Aktivitäten der

BUNDjugend Hamburg zählen neben Klimawerkstatt und Klimakino beispielsweise Vorträge zu ökologischer Landwirtschaft, Demonstrationen und Exkursionen wie z.B. ein Besuch im Ökodorf Siebenlinden.

Anna ist als 17-Jährige durch Fridays for Future zur BUNDjugend Hamburg gekommen, da sie den regionalen Aspekt und lokalen Bezug zu Hamburg sehr spannend findet. Die heute 20-Jährige schlägt als eine von drei gewählten BUJU-Sprecher/innen die Brücke zwischen Jugendverband und dem BUND Landesverband Hamburg (Bund im Umwelt- und Naturschutz Deutschland e.V.) und ist beispielsweise bei dessen Vorstandssitzungen dabei. Sie hat in den letzten Jahren viel gelernt und betont, wie großartig es ist, dass man sich nicht nur mit Klima- und Umweltschutz beschäftigt, sondern vor allem auch mit Politik und sozialen Fragen auseinandersetzt. Was aber das Engagement der BUNDjugend vor allem ausmacht, sei der Zusammenhalt der Gruppe, die sich trotz Corona regelmäßig im Haus der BUNDten Natur trifft. Momentan sieht es eher so aus, als müsste sich die Gruppe wieder digital treffen. Corona hat dem Jugendverband geschadet, aber Anna ist dennoch hoffnungsvoll, dass sich in Zukunft wieder eine regelmäßige Teilnahme der Engagierten einstellen wird. Basisdemokratische Prozesse machen offline in der Realität einfach mehr Spaß.

Info

BUNDjugend Hamburg

Loehrsweg 13 | 20249 Hamburg |

T. (040) 600 387 01

www.bundjugend-hamburg.de/kontakt

Aktiventreffen jeden Mittwoch um 19 h

U18 wählt – ein Auslaufmodell?

Von Oliver Trier, Bund der Katholischen Jugend Hamburg

Mit über 260.000 jungen Wählern/innen und ca. 1.500 Wahllokalen erzielte die U18-Bundestagswahl im September ein Rekordergebnis. Ein Trend, der sich auch in Hamburg niederschlug, wo sich so viele Kinder und Jugendliche an der Abstimmung beteiligt haben wie noch nie. Doch wie lässt sich dieser Erfolg bewerten, und was bedeutet der Plan der neuen Ampelkoalition, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken, für die Zukunft der U18-Wahl in Hamburg?

Geduldig warten die Achtklässler/innen in einer langen Schlange vor dem Wahllokal. Coronabedingt können die Mittelstufenschüler/innen der Sophie-Barat-Schule (SBS) nur nacheinander eintreten, um in einer der vier Wahlkabinen ihren Stimmzettel auszufüllen. Die Wartezeit verkürzen sie sich mit lebhaften Diskussionen über die richtige Wahlentscheidung. In aller Seelenruhe verteilt Zachariah Arkenberg derweil die Stimmzettel an die Jugendlichen an den vordersten Plätzen und erklärt ihnen auf Nachfrage noch einmal den Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimme. Der 17-Jährige leitet die Stadtgruppe der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ) an dem Gymnasium und organisiert mit seinen Kolleginnen Amelie Rücker und Ava Carstensen bereits das zweite Mal eine U18-Wahl für seine Mitschüler/innen. »Für uns stellte sich eigentlich nie die Frage, ob wir wieder mitmachen wollen«, erinnert sich Zachariah. »Mitbestimmung und Beteiligung sind wir aus unserem Jugendverband gewohnt und wollen so unseren Mitschülern/innen wenigstens die Möglichkeit geben, ihre Wahlentscheidung klar zu formulieren.«

Ganz anders das Bild am Wahllokal der BUNDjugend an der Langen Reihe. Da am 17. September der internationale Aktionstag »Parking Day« und die U18-Wahl zusammenfallen, haben die Jugendlichen kurzerhand beide Aktionen miteinander verbunden und einen Parkplatz nicht nur zum Infostand sondern auch zum Wahllokal umfunktionierte. Doch zur Mittagszeit sind die vorbeieilenden Passanten/innen zu alt und interessieren sich eher für die Informationen der jungen Umweltschützer/innen zum Thema Verkehrspolitik und Klima. Junge Menschen unter 18 Jahren dagegen scheinen alle noch die Schulbank zu drücken. Die Hoffnungen der BUNDjugend liegt daher auf der Fridays for Future-Demonstration, die im Laufe des Tages an der Langen Reihe vorbeiziehen soll – eine Hoffnung, die sich jedoch nicht erfüllen soll. Denn am Ende des Tages bleibt die Zahl der Wähler/innen im einstelligen Bereich.



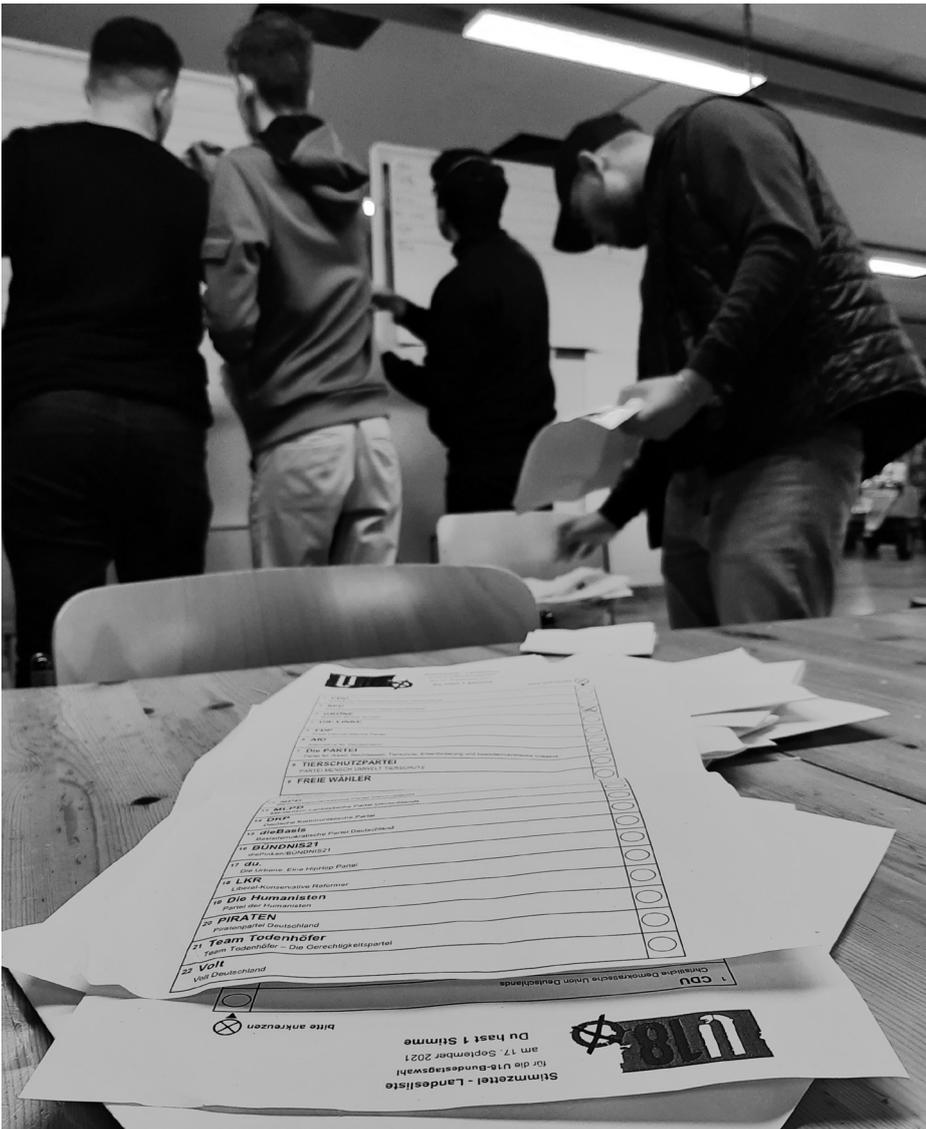


Rekord für Hamburg. Angesichts der endgültigen Zahlen zeigt sich Patrick Kirsch trotzdem mehr als zufrieden mit dem Verlauf der U18-Wahl in Hamburg: 50 Wahllokale haben sich angemeldet und mehr als 2.700 junge Menschen mitgemacht. »Das hat all unsere Erwartungen übertroffen, denn unser sogenanntes Utopie-Ziel lag bei 50 Wahllokalen«, freut sich der Diözesanvorsitzende des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ). Der Dachverband der katholischen Jugendverbände kümmerte sich in Hamburg um die Landeskoordination der bundesweiten Wahlaktion. »Die Zahlen zeigen deutlich, dass immer mehr Akteure/innen ein Wahlrecht junger Menschen wichtig ist und welches Potential in diesem Format noch steckt«, meint Patrick und ergänzt nüchtern: »Genauso deutlich zeigen sie allerdings auch auf, wieviel Luft nach oben wir noch haben und wie viele junge Menschen wir mit unseren begrenzten Mitteln eben noch nicht erreicht haben. Das gilt auch für den Fall, dass die von der Ampelkoalition geplante Senkung des Wahlalters tatsächlich schon für die kommende Bundestagswahl gilt. Denn mit der U16-Bürgerschaftswahl haben wir bereits gezeigt, wie gut sich das Format anpassen lässt.«

In Hamburg verfügt die U18-Wahl bislang nur über eine überschaubare Tradition, und vor allem mangelt es ihr an Konstanz. Die Koordination von Bürgerschafts-, Bundestags- oder auch Europawahlen übernahmen in den letzten Jahren die Katholische junge Gemeinde (KjG), der Landesjugendring (LJR) und seit 2020 der BDKJ. Ein Blick nach Berlin dagegen zeigt, was möglich wäre. Vor 25 Jahren startete das Beteiligungsformat mit einem Wahllokal in der Hauptstadt und wird mittlerweile von einem breiten Netzwerk aus öffentlichen und freien Trägern, Jugendverbänden, landesweiten und bezirklichen Akteure/innen der Kinder- und Jugendbeteiligung sowie weiteren Engagierten getragen. In Zahlen bedeutet das: An knapp 400 Wahllokalen haben über 47.000 junge Berliner/innen an der U18-Bundestagswahl teilgenommen.

Potentiale. Patrick sieht das größte Entwicklungspotential der U18-Wahl jedoch nicht im bloßen Wahlvorgang sondern im Vorfeld. »Die Stimmabgabe bildet natürlich den emotionalen Höhepunkt der Wahlaktion«, erklärt Patrick. »Doch die nachhaltigen Chancen der U18-Wahl bestehen darin, jungen Menschen klar zu machen, dass auch sie Mitglieder in unserer Gesellschaft sind, ihre Bedürfnisse sowie Interessen wichtig sind und für ihre eigene Meinung einstehen können. Das Format bietet Gelegenheiten, sich über anstehende Wahlen und die verschiedenen Parteiprogramme zu informieren, sich mit Gleichaltrigen und Freunden/innen oder auch Politikern/innen auszutauschen, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese auch zu artikulieren. Hier





steckt echte Bildungsarbeit, und da stehen wir in Hamburg noch am Anfang einer großen Entwicklung – gerade auch mit Blick auf das Alter! Je früher wir anfangen, jungen Menschen die Idee von Beteiligung, Mitbestimmung und Wahlen näher zu bringen, desto besser. Wir würden uns daher sehr wünschen, dass die U18-Wahl im Falle einer Senkung des Wahlalters bei Bundestagswahlen als U16-Wahl fortgeführt wird.«

Wahl macht Schule. Eine Einschätzung, die Susanna Baum von der Grundschule Am Weiher nur unterschreiben kann: »Wenn man die Kinder berührt und sie merken, dass es sie nicht nur was angeht, sondern sie auch wirklich mitentscheiden können, dann sind sie mit Begeisterung dabei.« Gemeinsam mit dem Lehrer/innenkollegium hatte sich die Schulleiterin dazu entschlossen, sich mit der gesamten Grundschule und auch der Vorschule an der Jugendwahl zu beteiligen, und lud gleichzeitig die Schulen der Umgebung ein, zur Stimmabgabe das Wahllokal in der Turnhalle der Schule aufzusuchen. Um die Kinder auf die anstehende Abstimmung vorzubereiten,

wählten die Klassen ihre Sprecher/innen erst kurz vor der U18-Wahl. Außerdem organisierte die Schule drei Projekttag um das Thema Mitbestimmung und Demokratie. Zum Abschluss und Höhepunkt dieser Projekttag gaben die jungen Schüler/innen ihre Stimmen an den von ihnen gestalteten Wahlkabinen und -urnen ab. »Tatsächlich hätten wir eine solche Begeisterung und Energie – sowohl unter den Schülern/innen als auch unter den Kollegen/innen – nicht erwartet«, erzählt die Schulleiterin. »Wir sind sehr gespannt, ob oder welche Folgen sich aus dieser Wahlaktion noch für unseren Schulalltag ergeben, und können uns gut vorstellen, in vier Jahren wieder bei einer Bundestagswahl mitzumachen.«

Nachdem in jedem der vergangenen drei Jahre eine U18-Wahl auf der Agenda stand, stehen die nächsten Wahlen erst 2024 an. Doch nach Ansicht des BDKJ-Vorsitzenden Patrick sollten die Weichen für diese Wahl schon jetzt gestellt werden: »Vieles von dem, was wir uns vorgenommen haben, konnten wir aufgrund fehlender Ressourcen nicht umsetzen. Wir waren meilenweit

davon entfernt, alle Akteure/innen der Kinder- und Jugendarbeit in Hamburg über die U18-Wahl auch nur mit einer E-Mail zu informieren.« Dabei läge eine Chance des Projektes gerade darin, die verschiedenen Akteure/innen der Hamburger Kinder- und Jugendarbeit zusammenzubringen. »Das Format ist grundsätzlich offen für alle«, meint Patrick. »Sowohl für die Jugendverbandsarbeit, als auch für Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Außerdem können Schulen mitmachen und noch viele mehr. So haben wir uns sehr über die unerwartet breite Teilnahme der Bücherhallen gefreut und mussten gleichzeitig die Erfahrung machen, dass sich gerade bei offenen Angeboten die Anzahl der Wähler/innen nur schwer kalkulieren lässt. Schulen und feste Gruppen haben solche Sorgen nicht. Je mehr junge Menschen aber im Vorfeld über die Wahl erfahren und je mehr Angebote sie zur Meinungsbildung erhalten, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich am Wahltag auf den Weg machen.«

Baustellen. »Wenn wir wollen, dass die Wahllokale schon im Vorfeld der U18-Wahl inhaltlich mit jungen Menschen arbeiten und ihnen unterschiedliche Angebote zur Meinungsbildung oder zum Austausch machen, müssen wir sie dabei unterstützen«, räumt Patrick selbstkritisch ein. »Sehr gern hätten wir sie schon dieses Mal mit ausgearbeiteten Methoden für ihre Arbeit versorgt. Wir dürfen nämlich nicht vergessen, dass das Engagement für diese Wahlaktion zum normalen Alltagsgeschäft immer zusätzlich oben auf kommt – doch das gilt leider auch für uns, und das ist sehr ärgerlich. Denn politische Bildung ist entscheidend für unser politisches System und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt. Doch mit der U18-Wahl haben wir ein Format, mit dem wir jungen Menschen auf sehr spielerische und unaufdringliche Art und Weise vermitteln können, worauf es in einer Demokratie ankommt. Deswegen müssen wir prüfen, welche Möglichkeiten wir haben, uns auf diesem Feld besser aufzustellen, und wo wir entsprechende Töpfe anzapfen können.«

Bis dahin sind aber auch die Wahllokale, die schon heute dabei sind, durchaus bereit, einige Mühen auf sich zu nehmen, um den Wählern/innen von morgen eine Stimmabgabe zu ermöglichen. So wollten sich die Jugendlichen vom AWO Jungentreff in Bergedorf-Lohbrügge nicht damit begnügen, nur in ihrem Jungentreff abzustimmen und organisierten mit ihren Hauptamtlichen ein mobiles Wahllokal, das an zwei Schulen der Nachbarschaft Halt machte und zum Wählen einlud. »Beim nächsten Mal würden unsere Jungs am liebsten alles allein vorbereiten«, freut sich Torben Köhler, der Sozialarbeiter vom AWO Jungentreff. »Leider dauert es noch über drei Jahre bis zur nächsten Wahl.«

Nachrichten ...

Aufbruch, Diversität, Kontinuität
Vollversammlung des Landesjugendrings
Hamburg wählt neuen Vorstand und
stimmt der Aufnahme neuer Mitglieder zu



Zwei neue, zwei wiedergewählte Vorsitzende.

Nach dem Ausscheiden von Sören Behn, Pascal Peisker und Natalie Hischke aus dem Vorstand hat die Vollversammlung des Landesjugendrings Hamburg am 28. Oktober 2021 Fatih Ayanoğlu (32 J., SJD – Die Falken) und Michael-J. Gischkat (25, Hamburger Sportjugend) wiedergewählt sowie Maja Reifegerst (24, Evangelische Jugend Hamburg) und Destina Ücdemir (21, Alevitische Jugend Hamburg) neu hinzugewählt. Damit repräsentiert der neue LJR-Vorstand die Diversität und das Spektrum der Mitgliedsverbände im Landesjugendring. Und sorgt durch die Mischung von Neu- und Wiederwahl sowohl für Kontinuität als auch für Aufbruch durch neue, junge Vorsitzende. Der Dank gilt den ausscheidenden Vorstandsmitgliedern für ihr großes und erfolgreiches Engagement.

Neue Mitglieder. Zudem wurde das Spektrum Hamburger Jugendverbände im Landesjugendring durch Neuaufnahmen erweitert. Einstimmig stimmte die Vollversammlung der Aufnahme der BUNDjugend Hamburg (www.bundjugend-hamburg.de) und des Internationalen Jugendvereins Hamburg (<https://ijv-hamburg.org>) zu. Beide stehen für engagierte, politische Jugendbildung und vielfältige Aktionen: die BUNDjugend im Bereich des politischen Umweltschutzes, der Internationale Jugendverein für gesellschaftskritische Bildungsarbeit.

Stimmen. »Die Sichtbarkeit der Jugendverbandsarbeit und der Interessen junger Menschen in der Stadt und Landespolitik zu erhöhen«, so Michael-J. Gischkat, »bleibt das vorrangige Ziel unserer Vorstandstätigkeit«. Die Coronapandemie habe gezeigt, wie wichtig es ist, die Bedürfnisse und

Lebenslagen junger Menschen in den Fokus zu rücken. »Die Back2Life-Kampagne des Landesjugendrings war dazu ein gelungener Auftakt«, findet Destina Ücdemir. »Daran wollen wir anknüpfen und auch politisch nachlegen.« Schließlich gibt es ein noch nicht eingelöstes Versprechen im Koalitionsvertrag der Hamburger Regierungsparteien. »SPD und Grüne haben darin die Einführung eines Jugendmitwirkungsgesetz verabredet«, erinnert Fatih Ayanoğlu. »Doch passiert ist bislang noch nichts«, ergänzt Maja Reifegerst. Dies zeige, dass »ohne politischen Druck und konstruktive Interventionen seitens des Landesjugendrings die Interessen junger Menschen immer wieder auf die lange Bank geschoben werden«. Es bleibt viel zu tun für den neuen LJR-Vorstand.

Gegen alltägliche Gleichgültigkeit – respekt* auch zu Pandemiezeiten

In diesem Jahr hat am 13. und 14. November wieder die respekt*-Veranstaltung stattgefunden – mit einem interaktiven Programm zu gesellschaftspolitischen Themen.

Das respekt*-Wochenende findet jährlich rund um den 9. November – dem Jahrestag der antisemitischen Pogrome von 1938 – statt, um den Opfern des Nationalsozialismus zu gedenken und einen Beitrag zu einer diskriminierungskritischen und offenen Gesellschaft zu leisten. Dieses Jahr fand respekt* bereits zum 19. Mal statt.

Besonders erfreulich: Nachdem 2020 nur eine Onlineversion möglich war, konnte respekt* dieses Jahr wieder vor Ort stattfinden – im internationalen Bildungszentrum Dock Europe in Altona. Wie jedes Jahr wurde das Wochenendprogramm von einem Arbeitskreis junger Menschen geplant und durchgeführt. Seit mehreren Jahren kommen in diesem Arbeitskreis Aktive aus dem Pfadfinder/innenbund Nord, der Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände und andere politisch interessierte Menschen zusammen.

Innerhalb weniger Monate konnte der diesjährige Arbeitskreis ein starkes Programm auf die Beine stellen: Ein postkolonialer Stadtrundgang begab sich mit seinen Teilnehmenden auf die Suche nach den Spuren kolonialer Menschenhändler und spürte Schicksale von Kolonisierten und denjenigen auf, die Widerstand gegen dieses rassistische System geleistet haben. In einem Workshop zu Ally*ing wurden gemeinsam Strategien entwickelt, wie sich Personen der Mehrheitsgesellschaft, insbesondere weiße Personen und cis-männliche Personen, mit Minderheitenpositionen solidarisieren können. Und auf einer alternativen

Hafenrundfahrt bekamen die Teilnehmenden Informationen darüber, wie Migration und Rassismus mit dem Hamburger Hafen in Verbindung stehen und was das für die Migrant/innen heißt.

Am Sonntag gab es dann ein weiteres Highlight. Marianne Wilke, die als sog. »Halbjüdin« von den Nazis verfolgt wurde, war bei respekt* zu Gast. Sie erzählte sehr eindrücklich aus ihrer Kindheit und Schulzeit in Hamburg während des Nationalsozialismus. Auch zur aktuellen politischen Situation bezog sie klar Stellung. So prangerte sie beispielsweise an, dass sich bei den ohnehin viel zu spät stattfindenden Prozessen gegen KZ-Aufseher/innen immer noch deren fehlendes Schuldbewusstsein zeige. Außerdem appellierte sie vehement dafür, aus der Geschichte zu lernen und sich gegen faschistische Tendenzen in der Gesellschaft zur Wehr zu setzen, sich zum Beispiel solidarisch mit Geflüchteten zu zeigen. Die mittlerweile 92-Jährige wurde auch nach zwei Stunden nicht müde zu erzählen und beantwortete auch im Anschluss noch die Fragen der sie umringenden Teilnehmer/innen.

Respekt* bot jungen Menschen einen Raum, der zum Nachdenken und zur Diskussion über eigene Privilegien und Diskriminierungen einlud. Dieses Angebot wurde von den vielen Anwesenden unterschiedlichen Alters sehr interessiert angenommen, gefüllt und mitgestaltet.

Hast du Interesse an Selbstorganisation und Lust bei der Planung von respekt* 2022 dabei zu sein? Im Frühjahr laden wir zu den ersten Vorbereitungsmeetings ein. Aktuelle Infos und einen Mitschnitt des Zeitzeugengesprächs mit Marianne Wilke findest du auf www.agfj.de.

(Vom respekt*-Vorbereitungskreis 2021)

Anzeige

LEIDER GEIL!

WIR MACHEN DAS BESTE
AUS DEINEN IDEEN.



printarena

www.printarena.de

Spiele in der Internationalen Jugendarbeit

Ein Interview mit Remo Kuchler von der european play work association in Hamburg (e.p.a.)

Ihr nennt euch european playwork association. Warum spielt ihr?

Remo: Unsere Ursprünge und der Name gehen auf internationale Kooperationen von Bauspielplätzen zurück. Seit vielen Jahren organisieren wir internationale Jugendbegegnungen, und wir gestalten diese tatsächlich sehr spielerisch. Das ermöglicht allen, sich kleinteilig einzubringen, z. B. indem sie zunächst eine Bewegung machen, bei der es gar nicht unbedingt darauf ankommt, ob diese richtig oder falsch, witzig oder übertrieben ist. Konkurrenzfreies Spiel ohne Wettbewerb ermöglicht Beteiligung in einem großen Kreis mit 60 Personen. Spielen ist eine gute Methode, Menschen zusammen in Interaktion zu bringen und Kommunikation zu starten. Wenn das Eis gebrochen ist, unterstützen wir den Einstieg in die Auseinandersetzung mit einem Thema, z. B. in einem Workshop, auch wieder mit spielerischen Methoden, mit Rollenspielen und kreativen Ausdrucksformen. So lassen sich durchaus gesellschaftliche und politische Themen mit Jugendlichen aus verschiedenen Ländern entdecken und gut diskutieren.

Viele unserer Teilnehmer*innen kommen aus sozial benachteiligten Verhältnissen, mit Druck von mehreren Seiten, weil sie z. B. keine Ausbildungsstelle gefunden haben oder sie in sehr beengten Wohnverhältnissen leben, Gewalterfahrungen haben oder Ähnliches. Dieser Druck, die Rucksäcke, die sie mit sich herumtragen, sind für die Entfaltung ihrer Potentiale nicht besonders hilfreich. Im gemeinschaftlichen Spiel können sie Fähigkeiten entdecken und erleben, wie sie in Interaktion mit anderen wirken. Voraussetzung ist jedoch, dass es Spiele sind, bei denen es nicht darauf ankommt, ob man gewinnt oder verliert, sondern bei denen alle mitmachen und sich einbringen dürfen, egal wie sie es machen. Es passt fast immer irgendwie – das bringt den Erfolg.

Wann und in welchen Momenten spielt ihr?

Während unserer Seminare und Begegnungen spielen Spiele täglich eine Rolle. Gerade zu Beginn, wenn es darum geht sich kennenzulernen, ist es wichtig, dass jede Person ihren Namen gesagt hat und sich jede*r auch in der großen Gruppe einmal getraut hat, sich vorzustellen.

In spielerischen Sprachanimationen geht es im weiteren Verlauf z. B. darum, Höflichkeitsfloskeln in der Sprache der Gastgeber*innen zu lernen und auszuprobieren. Auch als Geste der Wertschätzung gegenüber der Sprache der Gastgebenden – besonders dann, wenn die Sprache gerade nicht Englisch oder eine andere häufig in Schulen unterrichtete Sprache ist. In der Evaluation eines Teilnehmers heißt es dazu: »Was auch cool

war, dass wir so viel gespielt haben. Da verstand man sofort alles«. Das ist bezeichnend für unsere Arbeit. Die Jugendlichen erkennen, dass sie mitmachen können, auch wenn sie die Sprache nicht gut verstehen. Nachdem sie z. B. zunächst nur einfache Bewegungen imitieren, dann eigene Beiträge zum Spielverlauf bringen, überschreiten sie beim nächsten Mal vielleicht schon ihre Grenzen, verlassen Komfortzonen, gehen ein Stück weiter und leiten dann vielleicht selber ein Spiel an. Sie merken, dass andere sich freuen, lachen und man bekommt sogar einen Applaus. Das sind tolle Erfolgserlebnisse. Als Pädagog*innen setzen wir uns dafür ein, das Setting sicher zu machen und dass es dort keine Misserfolge gibt. Wenn alle Grundbedürfnisse erfüllt sind, sich alle wohlfühlen können, wenn jede*r mit Namen angesprochen wird, bekommen Leute große Lust, angstfrei und freiwillig etwas beizutragen.

Warum macht ihr europäische Jugendarbeit und was ist Euer Ziel?

Unter anderem müssen wir uns überlegen, wie wir – trotz aller Kritik – Begeisterung oder zumindest ein persönliches Interesse am europäischen Projekt erzeugen können. Ich glaube, junge Menschen, die in der EU groß werden und von denen wir erwarten, dass sie diese Gemeinschaft weiter tragen sollen, brauchen auch einen persönlichen Bezug zu dieser Gemeinschaft. Die müssen positive Erlebnisse haben, um sagen zu können, dass Europa grundsätzlich ein gutes und wichtiges Projekt ist. »Auch wenn es zig Herausforderungen, Probleme oder gar Missstände gibt: Ich habe die europäische Idee verstanden und interessiere mich dafür. Ich habe Lust, mich dafür einzusetzen – vielleicht sogar dafür zu streiten.« Solche Einstellungen können wir fördern, indem wir Austausch und Begegnungen feiern. Es gibt viele Programme im akademischen Bereich und tolle Möglichkeiten, Europa als junger Mensch auch individuell – z. B. während eines Freiwilligendienstes – zu entdecken. Aber wir dürfen jene nicht vergessen, die diese Zugänge noch nicht haben. Diese Jugendlichen in einer internationalen Begegnung mit einem sehr spielerischen Ansatz zusammenzubringen, ist eine großartige Möglichkeit. Vielen Teilnehmer*innen konnten wir über unsere Projekte dabei unterstützen, neue Türen aufzustoßen.

Außerdem fördert interkultureller Jugendaustausch die lustvolle und freiwillige Auseinandersetzung mit neuen Themen, die Entstehung grenzüberschreitender Freundschaften und den wichtigen Blick über den eigenen Tellerrand – wobei wir uns in unseren Projekten nicht nur auf die EU begrenzen.

Wird europäische Jugendarbeit gut gefördert?

Dazu eine Anekdote: In den 90er Jahren hat e.p.a. »Sexopoly« entwickelt. Ein mehrsprachiges Spiel zu Liebe, Freundschaft und Sexualität für die europäische Jugendaustauscharbeit. Es war ein Versuch, einen spielerischen Zugang zu komplizierten Themen zu schaffen und Jugendliche aus verschiedenen Kulturen und Ländern dazu in den Dialog zu bringen. Unser EU-Antrag wurde abgelehnt, im Sinne von »Wo ist denn da der Informationsgehalt?«. Heute ist es ganz klar eine Priorität im wichtigen und gut fördernden EU-Jugendprogramm Erasmus+, innovative und nicht-formale Methoden und Formate zu entwickeln, in denen insbesondere auch benachteiligte junge Menschen an europäischer Jugendarbeit und am internationalen Austausch teilhaben können. Ich bin mir sicher, dass wir mit unserer Idee heute viel größere Chancen hätten, dort eine gute Förderung zu erhalten. Ein paar Exemplare von den schließlich produzierten Spielen haben wir übrigens noch.

Neben Erasmus+ gibt es heute für die europäische Jugendarbeit vielfältige Möglichkeiten, Förderung zu erhalten, z. B. von den verschiedenen Jugendwerken wie dem Deutsch-Französischen, Deutsch-Tschechischen oder Deutsch-Polnischen. Auch der Landesförderplan bietet Förderung und ist für uns immer interessant, wenn wir neben den europäischen Zuschüssen noch eine Kofinanzierung benötigen, um ein Projekt auf die Beine stellen zu können. All diese Möglichkeiten sehen für Einsteiger*innen vielleicht erst einmal etwas kompliziert aus. Wir sind jedenfalls immer bereit, unsere Erfahrungen – nicht nur zur Förderung und zu den Finanzen – mit Interessierten internationaler Jugendarbeit zu teilen. Auch die Kolleg*innen in der Hamburger Sozialbehörde stehen für Beratung zur Verfügung.

Was bekommt ihr für Rückmeldungen von Euren Teilnehmer/innen?

Allein mit dem Blick auf Dankbarkeitsäußerungen und starken Identifizierungen mit unseren Projekten dürfen wir uns mit unserer Tätigkeit außerordentlich privilegiert fühlen. Was mich immer sehr fasziniert ist, dass Jugendliche, die zum Teil sehr belastende Erfahrungen mitbringen und mit einem gewaltigen Druck auf einer Jugendbegegnung ankommen – weil sie beispielsweise in ihrem Alltag als Versager dastehen, weil sie gemobbt oder ausgegrenzt werden etc., aus verschiedenen Gründen das Klima bei unseren Begegnungen sehr wertschätzen. Nochmals ein Zitat: »Es haben sich alle ganz liebevoll um mich gekümmert. Ich habe gelernt, Gefühle mitzuteilen, und mich Willkommen gefühlt«.



Dadurch, dass wir uns mit allen beteiligten Projektpartnern einige Mühe geben, ganz bewusst ein Willkommensklima zu schaffen, haben junge Leute die Chance, auch in Verbindung mit Spiel, sich noch einmal ganz anders zu entdecken. Sie können in einem sehr sicheren Umfeld andere Dinge und Interaktionen ausprobieren. Natürlich gehen Versuche auch mal daneben, aber in der Regel organisiert die Gemeinschaft sanfter Landungen mit ermutigendem Feedback. Mit den eingefahrenen Strukturen und häufigen Mehrfachbelastungen zu Hause haben unsere Teilnehmer*innen dazu sonst kaum Möglichkeiten und Räume. An dem Umstand, dass Peers aus anderen Ländern ähnliche Erfahrungen gemacht haben, vielleicht schon Lösungen gefunden haben oder dass die eigene Expertise zu möglichen Problemlösungen nachgefragt war, haben wir schon viele Jugendliche wachsen gesehen. Manchmal bedarf es einer »Gegenwelterfahrung« während zwei Wochen Jugendbegegnung, um selbst zu verstehen, was zu Hause nicht gut läuft und um persönlich zu erfahren, dass es auch anders sein könnte. Hierzu haben wir Rückmeldungen von ehemaligen Teilnehmer*innen, die auch noch Jahre nach einem Projekt behaupten, dass sie mit ihren Erlebnissen aus der Begegnung und als Mitglied eines internationalen Freundschaftsnetzwerkes wichtige Weichenstellungen erlebt haben.

Wie finden junge Menschen zu Euch?

Die Zugänge zu europäischen und internationalen Mobilitätsprogrammen sind überwiegend den jungen Menschen vorbehalten, deren Eltern sie aktiv unterstützen können. Finanzielle Ressourcen spielen durch einige gut geförderte Programme nicht immer aber zu häufig eine Rolle. Wir pflegen unser internationales Netzwerk von Partnerorganisationen, die wiederum vertrauensvolle Kontakte und Beziehungen zu Jugendlichen pflegen, die auf jene Unterstützung nicht unbedingt zählen können. Sie arbeiten überwiegend in benachteiligten Stadtteilen. Andere Partner sind Jugendinitiativen, die sich

gegründet haben, um Herausforderungen in ihrem Umfeld anzupacken oder um Bildungsarbeit zu machen. Diese Partner laden wir dann ein, mit einer Gruppe Teil eines e.p.a. Begegnungsprojektes zu werden. Es hat sich bewährt, statt frei beworbene Teilnehmer*innen bevorzugt Gruppen einzuladen, da so die Begegnung mit viel Vorfreude intensiver vorbereitet und die positiven Effekte auch nachhaltig in die lokal stattfindende Jugendarbeit mitgenommen werden können. Für eine Begegnung, die im Europäischen Jahr der Jugend – also in 2022 hoffentlich stattfinden kann, suchen wir übrigens gerade noch einen passenden Hamburger Partner!

Welchen Problemen begegnet ihr? Wie findet das Spiel als Methode Akzeptanz?

Ich glaube, dass sich da in den letzten Jahren viel getan hat und dass spielerische Methoden vor allem im Kontext internationaler Jugendbegegnungen inzwischen sehr anerkannt sind. Ich empfehle Trägern, die internationale Projekte machen, sich gute Werkzeugkoffer an Methoden zuzulegen, um die Arbeit z.B. non-verbal oder mit sprachanimierenden Elementen zu gestalten. Inzwischen werden wir weniger belächelt, weil wir »so viel spielen« und bekommen mittlerweile regelmäßig gute Anerkennung für unsere Methoden, wenn wir sie begründen. Aber das war eben auch ein langer Weg dahin. In den letzten Jahren gab es hin und wieder Auseinandersetzungen und gezielte Nachfragen zu unseren Programmen und Anträgen – z.B. durch Komitees, die unsere Anträge bewerteten. Bei einigen Verantwortlichen muss man vielleicht noch eine extra Erklärung machen und erläutern, was man erreichen möchte und warum die Zugänge so wertvoll sind. Aber da antworten wir gern drauf und versuchen zu erklären, warum wir das so machen.

Spielen und internationale Begegnung: Gilt es das nur für Jugendliche oder auch für Erwachsene?

Bevor man ein Spiel anleitet oder eine spielerische Methode anwendet, sollte man diese in ihrer Wirkung selber mal erlebt haben. Es ist gut zu wissen, wie ein Spiel wann gut funktioniert, worauf es ankommt und wie man es präsentiert. Ja, das probieren wir unter anderem bei unseren internationalen Seminaren für und mit Jugendarbeiter*innen, von denen die meisten zwar noch sehr jung aber schon erwachsen sind.

In Veranstaltungen mit Erwachsenen muss man manchmal vielleicht auch etwas frech sein und einfach loslegen. Ich habe schon oft erlebt, dass die Leute erst mal skeptisch sind oder meinen, keine Lust auf Spielen zu haben. Aber am Ende, wenn es mal wieder gut gelaufen ist, wird es als eine gelungene Aktion empfunden. Es kann ein Durchatmen in einer anstrengenden Diskussion hervorrufen, manchmal hilft es beim Gedanken sammeln oder um mal kurz ein bisschen abzuschweifen. Man muss dann aber auch selbst davon überzeugt sein, dass die Methode gut zur Situation passt. Wenn man jedoch mit einer gewissen Begeisterung voran geht, kann man in der Regel die Leute mitreißen, und sie empfinden im Anschluss das Spielen überwiegend als einen schönen Moment. Gerade in Bildungszusammenhängen ist es sehr wichtig, dass die Themen, die wir vermitteln, die Inhalte, die wir weitergeben möchten, in eine Situation eingebettet sind, an die sich die Leute gern erinnern. Mensch lernt gut im Kontext. Und wenn wir Leute öffnen können, wenn wir ihnen Freude in einem guten Klima vermitteln können, geht es nicht nur ins Hirn – sondern vorher noch durch Bauch und Herz. Und das ist gut für Bildungsprozesse. Von meiner Seite ist der Einsatz spielerischer Elemente für die Erwachsenenbildung gut geeignet.

Das Interview führten Tilmann Dieckhoff und Fatih Ayanoğlu (LJR) von den Hamburger Falken und dem Spielmobil Falkenflitzer

Info

e.p.a. ist eine Internationale Nichtregierungs-Jugendorganisation mit einem Netzwerk von Partnerorganisationen in Europa, Afrika und Südamerika und koordiniert sowie betreut internationale Begegnungsprojekte. In Hamburg betreibt e.p.a. das Europa JUGEND Büro mit Angeboten zur Jugendmobilitätsberatung und Jugendbildung. (Das Euroa JUGEND Büro ist der Hamburger Eurodesk-Partner.)
epa-network.org | europajugendbuero.hamburg | rausvonzuhaus.de

Spiel' doch mal...

Finger in die Mitte (Loslegen und auflockern)

Alle Teilnehmenden stehen im Kreis. Die Spielleitung eröffnet das Spiel mit der Aufforderung: »Alle Finger in die Mitte« und zeigt dabei mit dem Finger in die Mitte. Die Teilnehmenden machen die Bewegung nach. Die Spielleitung macht im Anschluss immer neue Aufforderungen wie: »Finger an das Knie«, »Finger an die Schulter«, »Finger an die Nase«, »Finger an die Schulter eines anderen Teilnehmenden« usw. Die Spielleitung beendet das Spiel zu einem guten Zeitpunkt.

Der Vorhang fällt (Namen lernen)

Die Gruppe der Spielenden wird in zwei gleich große Gruppen aufgeteilt. Die Gruppen stehen sich gegenüber – getrennt durch eine von zwei Mitspielenden gehaltene Decke. Jeweils eine Person aus beiden Gruppen positioniert sich hinter der Decke, ohne dass die andere Gruppe mitbekommt, wer ausgewählt wurde. Der anderen Mitspielenden in den Gruppen bilden den Hintergrund. Bei drei wird die Decke fallengelassen und die beiden Personen, die sich gegenüber sitzen, müssen so schnell wie möglich den Namen der anderen Person rufen. Für das Spiel können auch gut Verkleidungen genutzt werden. Die Mitspielenden im Hintergrund können mit Grimassen und anderen Ideen versuchen, die ratende Person der anderen Gruppe abzulenken.

Hallo wie geht's? (Bewegen und Sprache wertschätzen und lernen)

Alle Teilnehmenden stehen im Kreis. Eine Person verlässt ihren Platz, geht außen am Kreis entlang und klopft einer Mitspielenden auf die Schulter, die sich daraufhin umdreht. Die außen im Kreis stehende Person reicht ihr die Hand und sagt: »Hallo, wie geht's?« oder auch »Merhaba, nasılsın?« oder auch »Salut, ça va?«. Die Frage wiederholt sie drei Mal und schüttelt dabei die Hand der anderen Person. Nach dem dritten Mal laufen sie beide in entgegengesetzte Richtungen außen am Kreis entlang, bis sie sich wieder begegnen.

Die Person fragt erneut drei Mal, wie es der anderen Person geht, und schüttelt dabei ihre Hand. Nach dem dritten Mal laufen beide in entgegengesetzte Richtungen und versuchen beide als erstes auf dem Platz jener Person zu sein, die an der Schulter berührt wurde.

Obstsalat (Sprache wertschätzen und lernen)

Die Gruppe sitzt im Kreis, und allen Mitspielenden wird gleichmäßig eine von vier verschiedenen Obstsorten (Banane, Erdbeere, Pflaume, Orange oder auch muz, çilek, erik, portakal oder auch banane, fraise, prune, orange) zugeordnet. Eine Person aus der Gruppe beginnt das Spiel und geht in die Mitte des Kreises. Ihr Stuhl wird weggestellt, so dass ein Stuhl fehlt. Die Person in der Mitte ruft eine Obstsorte. Alle dieser Obstsorte zugeordneten Personen müssen ihren Sitzplatz wechseln. Die Person in der Mitte versucht einen Platz zu ergattern. Wenn die Person in der Mitte Obstsalat ruft (oder auch meyve salatası oder auch salade de fruits), müssen alle Personen aufstehen und einen neuen Sitzplatz suchen.

Chaosspiel (Bewegen und Namen lernen)

Alle Teilnehmenden sitzen im Stuhlkreis, in dem ein Stuhl mehr als Mitspielende steht. Eine Person steht in der Kreismitte. Die Person, deren rechter Nachbarsitz frei ist, wünscht sich durch Namensruf eine Person auf diesen freien Sitzplatz. Sobald der Sitzplatz der nun ausgerufenen Person frei wird, versucht die in der Mitte stehende Person diesen Platz einzunehmen, noch bevor der/die Mitspielende mit dem nun freien rechten Nachbarsitz eine andere Person ausrufen kann. Ist die Person aus der Mitte schneller (also hinsetzen vor Namensruf), darf diese sich setzen und der/die zu langsam Ausrufende muss aufstehen und in die Mitte gehen, usw.. Das Spiel ist (zum Glück) häufig nicht sofort verständlich, verursacht herrliches Chaos und macht gerade deswegen häufig der Gruppe viel Spaß.

Hol' Dir die Juleica! Trotz Pandemie!

Ausbildungskurse des Landesjugendrings Hamburg im Frühjahr 2022

juleica
jugendleiter|in card

Gerade unter schwierigen Pandemiebedingungen ist Jugendverbandsarbeit für junge Menschen unverzichtbar. Dazu brauchen Jugendverbände ausgebildete Jugendleiter/innen. Der LJR bietet in Frühjahr 2022 zwei Ausbildungsseminare an – jeweils angepasst an die Pandemiebedingungen.

Zu den Seminaren: Die Ausbildungskurse für Jugendleiter/innen (JL-Kurse) sind thematisch verbandsübergreifend konzipiert. Teilnehmen können alle, die mindestens 16 Jahre alt sind. Der inklusive Kurs i-22 wird von **Gebärdendolmetscherinnen** begleitet und findet vor Ort in Hamburg statt. Die ÖPNV-Anfahrtswege zum Tagungsort und dieser selbst sind zudem **rollstuhlgerecht**. Der **Frühjahrskurs 1-22** findet dagegen wie üblich mit Übernachtung in einem Tagungshaus außerhalb Hamburgs statt.

Wozu eine Jugendleiterschaft? Jugendleiter/innen sind ehrenamtlich in der Gruppenarbeit ihres Verbandes tätig. In den JL-Kursen wird dazu wichtiges Grundlagenwissen vermittelt. Zudem erhalten die Teilnehmer/innen Anregungen für die eigene Arbeit. Die Jugendleiter/innencard (Juleica) ist eine wichtige Legitimation – so z. B. gegenüber Erziehungsberechtigten. Sie ermöglicht zudem die kostenlose Medienausleihe in den Hamburger Öffentlichen Bibliotheken, den Erwerb günstiger HVV-Fahrscheine, die kostenlose Mitgliedschaft im Deutschen Jugendherbergswerk, die Beantragung von Sonderurlaub für Gruppenaktivitäten und vieles mehr.

Themen: In Kleingruppen wird – durch praktische Elemente, theoretische Exkurse, Spiel und Spaß – Grundlagenwissen aus folgenden Bereichen vermittelt:

- Rolle und Aufgabe eines/r Jugendgruppenleiter/in
- Gruppenpädagogik und Gruppenregeln
- Rechtsgrundlagen
- Jugendpolitische Partizipationsmöglichkeiten
- Öffentlichkeitsarbeit, Projektplanung
- Spiele, Motivation
- Prävention sexualisierter Gewalt
- Förderungsmöglichkeiten der Jugendarbeit
- aktuelle jugendpolitische Themen

Ein LJR-Kurs geht über zwei Wochenenden. Die durchgehende Teilnahme an beiden Wochenenden ist Voraussetzung für den Erhalt der Teilnahmebestätigung und damit der Juleica (zusammen mit dem Nachweis einer Erste-Hilfe-Ausbildung). Am Kurs können 15 Personen teilnehmen.

Inklusive Jugendleiter/innen-Ausbildung i-22 (ohne Übernachtung, mit Gebärdendolmetscherinnen und rollstuhlgerecht)

Termine: 4. bis 6. und 25. bis 27. März 2022 (jeweils freitags 18 bis 21 Uhr, samstags 9 bis 18 Uhr, sonntags 9 bis 16 Uhr)

Tagungsort: Landesjugendring Hamburg | Güntherstr. 34 | 22087 Hamburg

Teilnahmekosten: Hamburger Jugendverbandler/innen: 31 € | Personen aus der Hamburger Jugendhilfe: 121 € | Alle anderen Personen: 151 € (jeweils inklusive eines Mittagssessens am Samstag und Sonntag)

Frühjahrskurs 1-22 (mit Übernachtung im Tagungshaus)

Termine: 6. bis 8. und 20. bis 22. Mai 2022 (jeweils freitags ab 18 Uhr bis sonntags um 15 Uhr)

Tagungsort: Jugendgästehaus Rothfos | Wiesengrund 20 | 23795 Mözen

Teilnahmekosten: Hamburger Jugendverbandler/innen: 55 € (bis 26 J.) / 63 € (ab 27 J.) | Personen aus der Hamburger Jugendhilfe: 215 € (bis 26 J.) / 247 € (ab 27 J.) | Alle anderen Personen: 268 € (bis 26 J.) / 308 € (ab 27 J.) (jeweils inklusive Verpflegung und Übernachtung)

Anmeldung: www.ljr-hh.de/juleica/seminare

Veranstalter: Landesjugendring Hamburg | T. (040) 317 96 116 | juleica@ljr-hh.de

Pandemiehinweis: Beide Kurse werden nach dem 2G-Plus-Modell durchgeführt, teilnehmen können vollständig Geimpfte und Genesene. An jedem Seminartag werden zudem Schnelltests durchgeführt. Die Planung steht unter dem Vorbehalt der weiteren Pandemie-Entwicklung; notwendige Anpassungen können kurzfristig vollzogen werden.

